

02 Erziehung und Wissenschaft

2022

www.gew-sachsenanhalt.net

1. Februar 2022

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt

EW



Es reicht!

Jetzt handeln!

Aktuell:

- Lehrkräfteausbildung in Sachsen-Anhalt
- Postkarten-Aktion „JA 13!
- Tarifrunden in der Pandemie
- Demokratieverständnis
- Ausufernder Individualismus

Schulpolitik und Lehrerarbeitszeit:

- Arbeitszeitkonten
- „ein Teufelskreis“
- Antwort auf „Brandbrief“
- Unmut an Sekundarschulen
- Umgang mit Lehrerinnen und Lehrern





Eva Gerth,
Vorsitzende
der GEW
Sachsen-Anhalt

Kommentiert: **Engagement und Ungeduld**

Ist die GEW für den Präsenzunterricht? Diese Frage, gestellt nach dem Jahreswechsel, ist leider nicht so einfach und klar zu beantworten. Natürlich sind wir für Präsenzunterricht. So ist Unterricht gedacht, Lehrkräfte, Schüler*innen und pädagogisches Personal sind gemeinsam in der Schule, man kann aufeinander eingehen, sieht unmittelbar Reaktionen, kann zusammen lachen, Fragen im Team bearbeiten, Probleme aus der Welt schaffen, ...

In diesen Zeiten muss man jedoch nicht lange über Gegenfragen nachdenken. Ist Präsenzunterricht für alle zu jeder Zeit im Hinblick auf den Gesundheitsschutz wirklich das Beste für die an Schule Beteiligten? Kann das Bildungsministerium bei ca. 90 Prozent Unterrichtsversorgung und zusätzlichem coronabedingten Fehlen von Personal echten Präsenzunterricht tatsächlich absichern? Sind die Schulen flächendeckend auf etwas anderes vorbereitet als auf Präsenzunterricht? Können Pädagog*innen derzeit in den Schulen wirklich alle Kinder im Präsenzunterricht optimal fördern? Kann man auf all diese Gegenfragen mit „Ja“ antworten? Aus Sicht der GEW nicht. Deshalb beantworten wir die Frage nach dem Präsenzunterricht differenziert. Das heißt aber auch, dass die GEW weiterkämpfen muss, wie so oft. Wir kämpfen u. a. für mehr Personal in den Schulen, für die schnellere, unbürokratische Umsetzung des Digitalpaketes, für mehr Zeit in den Kollegien, um pädagogische Konzepte zu entwickeln, für die Aufstockung der Schulsozialarbeit. Und Gesundheitsschutz heißt für uns nicht nur, dass ausreichend Masken und Tests zur Verfügung gestellt werden, sondern dass endlich Entlastungen notwendig sind. Lehrkräfte, Schulleitungen und pädagogisches Personal sind in vielen Fällen erschöpft. Unterricht und Betreuung, „normale“ Vertretungsstunden, Corona-Pläne, Testungen beaufsichtigen, zusätzliche Aufgaben beim Aussetzen der Präsenzpflicht, Angst um die eigene Gesundheit und die der Familie, ständiges Ansprechen gegen die Maske ohne nennenswerte Pausen, Diskussionen mit Eltern, die natürlich auch in Sorge um ihre Kinder sind, ... Es wird zu viel und über großes Engagement verlangt. Das hält niemand auf Dauer durch.

Deshalb muss die Tullnersche Ankündigungspolitik, die jetzt eine Feußnersche geworden ist, endlich beendet, Stellen für Schulverwaltungsassistent*innen ausgeschrieben, der längst fertige Erlass zum Präventionstag umgesetzt werden. Und deshalb fordern wir die Landesregierung auf, endlich mit uns über Arbeitszeitfragen und über Entlastung zu reden. Die angestrebten Arbeitszeitkonten müssen für alle möglich sein und freiwillig bleiben. Schulen brauchen auch Zeit, um pädagogische Konzepte zu diskutieren, sie brauchen personelle Unterstützung für die vielfältigen Fragen, die mit der individuellen Förderung zusammenhängen. Schulen und Lehrkräfte haben keine Zeit mehr für immer neue und zusätzliche Aufgaben.

So führt eine simple Frage schnell zu grundsätzlichen Argumenten und zur Diskussion um jahrelange Versäumnisse der Politik. Diese können nun leider nicht schnell beseitigt werden. Aber das kann und darf auch nicht für alle Zeiten als Ausrede herhalten. Bildungsministerium und Gewerkschaften müssen jetzt im Dialog über Perspektiven für die Schulen reden – wie vor der Wahl versprochen.

Eva Gerth

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Engagement und Ungeduld	2
Kooperationsverbot in Bildungsfragen: GEW begrüßt Vorstoß der Bundesbildungsministerin	3
Lehrkräfteausbildung in Sachsen-Anhalt: Numerus Clausus vertreibt Lehramtsstudierende	3
GEW-Postkarten-Aktion „JA 13!“: Zustimmung von FDP, CDU noch immer ohne Reaktion	4
Tarifrunden in der Pandemie: In dunklen Zeiten	5
Demokratieverständnis: Einfach mal „spazieren“ gehen?	6
Gesellschaftspolitik: Übertriebener Individualismus ist mir unheimlich	6
Podiumsdiskussion des Aktionsbündnisses „#MLUnterfinanziert“: „Hausaufgabenkontrolle – Halle bleibt! Aber wieviel davon?“	7
Titelthema „Schulpolitik und Lehrerarbeitszeit“	
Schulpolitik und Lehrerarbeitszeit: Viel Frust und wenig Vertrauen	8
GEW zu Arbeitszeitkonten: Arbeitszeit flexibel ausbauen	10
Interview mit Bildungsministerin: Für mich ist das Arbeitszeitmodell ein Teufelskreis	11
Brief an Ministerin: Antwort auf „Brandbrief“	11
Umgang mit Lehrerinnen und Lehrern: Wer hat diesen Notstand entstehen lassen und forciert?	12
Unmut an Sekundarschulen: Unterricht nur noch Nebensache?	12
Tarif + Recht	
Sonderurlaub für Beamt*innen: Neuregelung wegen der Covid-19-Pandemie im Jahr 2022	14

Leipziger Buchmesse: **GEW übernimmt Eintrittspreis für ausgewählte Mitglieder**

(EuW) Vom 17. bis 20. März 2022 findet die Leipziger Buchmesse statt. Die GEW Sachsen-Anhalt übernimmt für ausgewählte Mitglieder die Eintrittskosten für Europas größtes Lesefest. Das bedeutendste Frühjahrseignis der Buch- und Medienbranche bringt Aussteller*innen aus mehr als 40 Ländern, Leser*innen, Autor*innen, Verlage und Medien an einem Ort zusammen. Die Buchmesse feiert alle Facetten der Literatur, gibt Möglichkeiten zum Austausch und bietet ein buntes, kulturell vielfältiges Rahmenprogramm.

Für 100 beitragsfreie Mitglieder, Studierende, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, Erzieher*innen in der Ausbildung sowie Berufseinsteiger*innen bis zum zweiten Berufsjahr übernimmt die GEW die Eintrittskosten für den Besuch der Leipziger Buchmesse. Weitere Nachfragen, etwa von Personen in der Bewerbungsphase, sind möglich. Bei einem Eintritt als Mitglied in die GEW innerhalb dieser Aktion im Zeitraum vom 1. Februar bis zum 15. März werden die Eintrittskosten für das vielfältige literarische Fest ebenfalls übernommen.

Schreibt uns eine E-Mail an info@gew-lsa.de mit dem Betreff „Buchmesse“. Bitte teilt uns für das personalisierte Ticket euren Namen, eure E-Mail-Adresse und eine Telefonnummer mit, die die Leipziger Messe für die Akkreditierung der Karten benötigt. Im Anschluss erhaltet ihr (elektronische) Post mit den Eintrittskarten.

Mehr Informationen über die Termine, das Programm und die Ausstellungsbereiche sind unter www.leipziger-buchmesse.de zu finden. Für den Zutritt zu den Veranstaltungen gelten die dann gültigen Corona-Bestimmungen.

Kooperationsverbot in Bildungsfragen:

GEW begrüßt Vorstoß der Bundesbildungsministerin

(EuW) Die GEW hat die Ankündigung von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) für ein stärkeres Engagement des Bundes bei der Finanzierung der Schulen begrüßt.

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger hat vorgeschlagen, dass das Kooperationsverbot im Grundgesetz viel mehr zu einem Kooperationsgebot gewandelt werden müsste. In einem am 12. Januar veröffentlichten Interview mit der Wochenzeitung *Die ZEIT* hatte sich die Ministerin für eine Verfassungsänderung ausgesprochen; dies sei „die klarste Lösung“. Hierzu werde die Koalition aus SPD, Grünen und FDP einen Vorschlag machen. Gerade die Digitalisierung zeige, dass es Herausforderungen gebe, die Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam bewältigen könnten.

Anja Bensinger-Stolze, für Schule zuständiges Vorstandsmitglied der GEW, erklärte dazu: „Der Investitionsstau, den die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Jahr 2021 allein für die Schulen mit 46,5 Milliarden Euro beziffert hat, muss dringend abgebaut werden.“ Zudem sei es im Sinne der gleichberechtigten Teilhabe aller wichtig, dass die Aufgaben der Schule, wie Inklusion und Ganztag, personell und materiell abgesichert würden. Wenn, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, 4.000 Allgemein- und Berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler durch ein Investitionsprogramm und ein Chancenbudget unterstützt und weitere 4.000 Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren dauerhaft mit mehr Schulsozialarbeit versorgt werden sollen sowie der Digitalpakt

verstetigt werden soll, dann sei das nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung möglich. Dafür brauche es eine stärkere Mitfinanzierung durch den Bund, so Bensinger-Stolze. Sie sagte am 13. Januar: „Das Verbot von Kooperation im Grundgesetz muss gestrichen werden!“

Im deutschen Föderalismus sind Schulen Ländersache, der Bund kann seit der Föderalismusreform von 2006 nur in Ausnahmen als Finanzier einspringen. Die GEW spricht sich für die komplette Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in der Bildung aus. Darüber hinaus fordert die Bildungsgewerkschaft die Abschaffung der Schuldenbremse und eine Verlängerung der Laufzeit für die Tilgung der pandemiebedingten Kredite auf 50 Jahre.

Lehrkräfteausbildung in Sachsen-Anhalt:

Numerus Clausus vertreibt Lehramtsstudierende

(EuW) In der Lehrkräfteausbildung in Sachsen-Anhalt besteht weiterhin ein riesiges Defizit zwischen den Immatrikulationen und dem längerfristigen Einstellungsbedarf, der von einer Expertengruppe ermittelt wurde. Vor allem im Lehramt an Sekundarschulen wird in den meisten Fächern nur etwa ein Drittel des künftig benötigten Nachwuchses ausgebildet. Auch im Lehramt an Gymnasien werden in den meisten Fächern nur zwei Drittel bis drei Viertel des notwendigen Ausbildungsniveaus erreicht. Trotzdem wird der Zugang zum Lehramtsstudium an der MLU in Halle weiterhin in sehr vielen Fächern durch einen Numerus Clausus (NC) reglementiert.

Diese Aussagen gehen aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage (KA 8/245) der Fraktion DIE LINKE hervor. Die Ergebnisse und Aussagen der Regierungsantwort wurde durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und bildungspolitischen Sprecher der Fraktion der LINKEN, Thomas Lippmann, kommentiert. Er sagte: „Angesichts der dramatischen Situation für den Lehrkräftenachwuchs vor allem im Lehramt an Sekundarschulen ist

es völlig unverständlich und inakzeptabel, dass es an der MLU in Halle immer noch Zulassungsbeschränkungen (NC) für dieses Lehramt gibt. Solche künstlichen Hürden schrecken potenzielle Studierende ab, die das Land dringend braucht. Man muss nicht darüber lamentieren, dass Studienplätze nicht besetzt werden, wenn man gleichzeitig die Tür geschlossen hält.“

Das betrifft laut Lippmann, der sich immer wieder als ausgewiesener Experte für diesen Bereich erweist, auch das Lehramt an Gymnasien, wo sich ebenfalls zum kommenden Wintersemester bei den Zulassungsbeschränkungen sehr viel ändern muss. Es könne nicht hingenommen werden, dass in Kernfächern und Naturwissenschaften Bewerber*innen abgewiesen werden, während in anderen Fächern unbegrenzt Zulassungen möglich sind und völlig am Bedarf vorbei ausgebildet wird.

Wenn Bildungs- und Wissenschaftsministerium diese Misere weiter achselzuckend hinnehmen und nicht endlich entschlossen andere Wege gehen, dann werden allein an den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen bis 2030 mehr als 1.000 der ausscheidenden Lehrkräfte nicht ersetzt werden können und immer mehr Fächer ganz ausfallen.

Das bedeutet Ausverkauf für diese Schulen, die von der Hälfte der Schülerschaft besucht werden.

Die GEW stimmt mit Lippmann überein, dass mit einer besseren Ausrichtung der Kapazitäten im Lehramtsstudium allein dem gravierenden Mangel an Bewerber*innen nicht zu begegnen ist. Die Umstellung der Ausbildung auf nur noch ein gemeinsames Lehramt für Gymnasien und die weiteren Schulen der Sekundarstufe I, die Ausweitung des Studienangebotes an der Otto-von-Guericke-Universität sowie eine massive Werbekampagne an den Gymnasien des Landes vor allem für die Mangelfächer wäre dazu erforderlich.

Wenn die Lehrkräfteversorgung in den kommenden Jahren nicht völlig zusammenbrechen soll, dann müsse jetzt schnell und entschieden gehandelt werden.

HA = Hauptanträge = form- und fristgerecht eingereichte Anträge, die die Zulassungsvoraussetzungen erfüllen (Hochschulzugangsberechtigung; bestandene Eignungsprüfung [Musik, Sport], Vorliegen der fachspezifischen Zugangsvoraussetzungen [bestimmtes Sprachniveau bei Englisch und Französisch]); die Ablehnungen erfolgten aus Gründen der Kapazität. In zulassungsfreien Studiengängen gibt es keine Ablehnungen aus Kapazitätsgründen.

Nicht jeder bzw. jede zugelassene Bewerber*in nimmt den Studienplatz an, da sich die Interessierten mehrfach an den unterschiedlichen Hochschulen bewerben können.

Zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage formulierte DIE LINKE folgende Nachfragen:

1. Wird die Martin-Luther-Universität mit Blick auf die Entwicklung der Zahl an Bewerber*innen und den längerfristigen Bedarf zum kommenden Wintersemester im Lehramt an



WS 2021/22

Empfehlung Expertenkomm.

Anteil Unt. Anzahl Pl. Diff. Plätze

Abschl.	Studiengang	WS 2021/22					
		Platzkap. lt. KapVO	Platzkap. lt. ZZO	NC	Anzahl HA-Bewerb.	Anzahl Ablehnung	Immatri- kulierte
LAFö	Geistig-/Körperbehindertenpädagogik	12	15	NC	48	18	14
LAFö	Geistig-/Verhaltengestörtenpädagogik	12	15	NC	62	29	14
LAFö	Lern-/Sprachbehindertenpädagogik	12	15	NC	65	39	16
LAFö	Lernbehinderten-/Verhaltengestörtenpädagogik	12	40	NC	90	18	34
LAFö	Sprach-/Körperbehindertenpädagogik	12	15	NC	24	1	15
Summe		60	100		289	105	93
LAGru	Deutsch/Mathematik/Englisch		30	NC	114	34	26
LAGru	Deutsch/Mathematik/Ethik		20	NC	92	48	21
LAGru	Deutsch/Mathematik/Evangel. od. Kathol. Religion		25	NC	26	0	29
LAGru	Deutsch/Mathematik/Gestalten		25	NC	55	0	22
LAGru	Deutsch/Mathematik/Musik		25	NC	21	0	17
LAGru	Deutsch/Mathematik/Sachunterricht		75	NC	438	247	76
LAGru	Deutsch/Mathematik/Sport		50	NC	136	61	47
Summe			250		882	390	238
							46,8
							250

HA = Hauptanträge = form- und fristgerecht eingereichte Anträge, die die Zulassungsvoraussetzungen erfüllen (Hochschulzugangsberechtigung; bestandene Eignungsprüfung [Musik, Sport], Vorliegen der fachspezifischen Zugangsvoraussetzungen [bestimmtes Sprachniveau bei Englisch und Französisch]); die Ablehnungen erfolgten aus Gründen der Kapazität. In zulassungsfreien Studiengängen gibt es keine Ablehnungen aus Kapazitätsgründen.

Nicht jeder bzw. jede zugelassene Bewerber*in nimmt den Studienplatz an, da sich die Interessierten mehrfach an den unterschiedlichen Hochschulen bewerben können.

Zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage formulierte DIE LINKE folgende Nachfragen:

1. Wird die Martin-Luther-Universität mit

Blick auf die Entwicklung der Zahl an

Bewerber*innen und den längerfristigen

Bedarf zum kommenden

Wintersemester im Lehramt an

Bei der Zahl der Immatrikulierten in den Fächern des Lehramtes an Sekundarschulen sind Studierende im Lehramt an Förderschulen, die als Kombifach ein Fach der Sekundarschule gewählt haben, nicht einberechnet.

KapVO = Kapazitätsverordnung

ZZO = Zulassungszahlenordnung

- Sekundarschulen generell auf Kapazitätsbeschränkungen (NC) verzichten?
2. Wird die Martin-Luther-Universität mit Blick auf die Entwicklung der Zahl an Bewerber*innen und den längerfristigen Bedarf im Lehramt an Gymnasien zum kommenden Wintersemester auf Kapazitätsbeschränkungen in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch, Physik und Chemie verzichten?
 3. Wird die Martin-Luther-Universität zum kommenden Wintersemester die bisherigen Kapazitätsbegrenzungen im Lehramt an Gymnasien für die Fächer Biologie, Geschichte, Sozialkunde, Geographie, Ethik und Sport an die im Bericht der Expertenkommission zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs geforderten Kapazitäten anpassen (Biologie – 50, Geschichte – 57, Sozialkunde – 17, Geographie – 35, Ethik – 35 und Sport – 53)?
 4. Wird die Landesregierung mit Blick auf die Entwicklung der Zahl an Bewerber*innen und den längerfristigen Bedarf die Verordnung über die ersten Staatsprüfungen für Lehrämter an allgemeinbildenden Schulen im Land Sachsen-Anhalt hinsichtlich der zulässigen Fächerverbindungen für die beiden Lehrämter an Sekundarschulen (§ 32)

und an Gymnasien (§ 41) mindestens dahingehend ändern, dass

- a) das Fach Russisch wegen fehlender Bewerber*innen aus der Fächerverbindung mit den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch herausgenommen wird und dafür die Fächer Spanisch, evangelische Religion und katholische Religion wegen des geringen Bedarfs und der deutlichen Überzeichnung bei den Bewerber*innen in die Fächerverbindung mit den Kernfächern oder auch mit weiteren Bedarfsfächern wie z. B. Musik oder Kunst aufgenommen werden;
- b) wegen des sehr geringen Bedarfs und der deutlichen Überzeichnung bei den Bewerber*innen die Fächer Italienisch und Griechisch sowie die Fächer Informatik und Philosophie nur noch als Dritt Fach oder Ergänzungsfach (§ 41 Absatz 4) studiert werden können?

5. Wie viele der Studienanfänger*innen im Wintersemester 2021/22, die im Lehramt an Gymnasien jeweils für die Fächer Spanisch, evangelische Religion oder katholische Religion zugelassen wurden, wurden jeweils auch für eines der Fächer Deutsch, Mathematik oder Englisch

zugelassen? Für welche anderen Fächer wurden die Studienanfänger*innen mit einem der Fächer Spanisch, evangelische Religion oder katholische Religion noch zugelassen?

6. Gibt es angesichts der z. T. nicht ausreichenden und teilweise stark rückläufigen Bewerbungen für fast alle Fächer im Lehramt an Sekundarschulen und in bestimmten Fächern im Lehramt an Gymnasien, hier insbesondere in den beiden Kernfächern Deutsch und Mathematik, Bestrebungen des Bildungsministeriums, ggf. in Kooperation mit der MLU und der OvGU durch den Einsatz von Lehramtsstudierenden an den Gymnasien des Landes frühzeitig und gezielt für diese Lehramtsstudiengänge zu werben?

Antworten auf diese Fragen sind auch für die GEW von größtem Interesse. Die damit aufgeworfenen Probleme haben direkten Bezug zur zukünftigen Entwicklung des schulischen Potentials. Von der qualitativen und quantitativen Ausbildung des Lehrer*innennachwuchses wird abhängen, wie sich das Schulsystem Sachsen-Anhalts entwickeln wird. Kurz und mittelfristig geht es jetzt um Rettung aus der Not.

GEW-Postkarten-Aktion „JA 13!“:

Zustimmung von FDP, CDU noch immer ohne Reaktion

(EuW) Die Fraktion DIE LINKE hatte von Anfang an und wiederholt ihre Zustimmung zur gerechten Eingruppierung der Grundschullehrkräfte in die E 13/A 13 erklärt und hatte bereits vor ca. zwei Jahren als einzige Fraktion den von der GEW erarbeiteten Gesetzentwurf zur Höhergruppierung, den wir damals allen Fraktionen übergeben hatten, ins parlamentarische Verfahren eingebracht. In dieser Fraktion müssen wir als GEW niemanden mehr von der Notwendigkeit einer gerechten Eingruppierung überzeugen.

gen. Eva von Angern und Thomas Lippmann haben ihre Unterstützung auch bei unserer Postkarten-Aktion in einem Gespräch mit der GEW zum Ausdruck gebracht.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, Jörg Bernstein, bezog für seine Partei nun ebenfalls Stellung:

„In den Koalitionsverhandlungen hat sich die FDP dafür stark gemacht, auch die Grundschullehrkräfte in die A 13/E 13 ein-

zugruppieren. Wir erachten dies als notwendig, um den hohen Anforderungen an Grundschulen Rechnung zu tragen.

Für uns steht fest, dass Grundschullehrkräfte gleichwertige Arbeit leisten und enorm dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler gestärkt und mit gutem Handwerkszeug in die Zukunft gehen. Auch im Primarbereich ist zu beobachten, dass die Anforderungen aufgrund von stärkerer Heterogenität und im Zuge der Inklusion in den letzten Jahren gestiegen sind. Viele Bundesländer haben dies erkannt und haben die Grundschullehrkräfte in die A 13/E 13 eingruppiert.

Auch wenn wir unsere Forderung in den Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen konnten, werden wir weiter an der Thematik dranbleiben und versuchen, mit unseren Koalitionspartnern eine Übereinkunft zu treffen.“



Damit haben vier Landtagsfraktionen ihre Unterstützung für E 13/A 13 versprochen. Die CDU-Fraktion hat bisher leider noch nicht auf die Postkarten-Aktion der GEW reagiert und auch, trotz Zusage kurz nach der Wahl, bisher kein Gesprächsangebot unterbreitet.

Tarifrunden in der Pandemie: In dunklen Zeiten

Seit fast zwei Jahren durchleiden und durchleben wir eine der heimtückischsten Krankheitswelten: eine weltweite Pandemie ungeahnten und ungekannten Ausmaßes und ungeahnter Handlungszwänge. Aber auch einen ungebrochenen Willen, die Solidarität und die Gesundheit nicht mikrokleinen Partikeln zu überlassen. Viele Entscheidungen wurden und werden getroffen: populäre und unpopuläre, richtige und falsche, große und kleine, mutige und feige, schmerzhafte, weniger schmerzhafte. Eine Gesellschaft im Fieber. Menschen und Meinungen richten über sich, über andere. Leid und leiden, tagtäglich, vom Kampf um Leben und Tod in den Intensivstationen bis zu den zerstörten Existzenzen. Nicht alle ökonomischen Hilfspakete sind angekommen, manche wurde nicht einmal losgeschickt. Lernen und Handeln oft auf Sicht.

In diesen Zeiten Tarifverhandlungen führen? Verhandlungen in Situationen, wo Vernunft gegen Kundgebungen spricht, wo die Beschäftigten von der Pandemie beruflich ausgelaugt sind? Und zu Hause, wo sich die nächsten Anforderungen und Sorgen stapeln?

Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes haben nicht viel Rücksicht gezeigt. Es ist auch nicht die primäre Aufgabe eines Arbeitgeberverbandes, die Belange der Gewerkschaftsseite, die Mobilisierungsschwierigkeiten in ihren eigenen Wahrnehmungshorizont zu überführen. Wo aber ein Arbeitgeber aktiv ist, der zugleich die Politik, den Staat und die Kommune repräsentiert, ist es anders. Hier müssten Vernunft und ein Gespür für die Tragweite stärker ausgeprägt sein als bei streng profitorientierten Dax-Unternehmen.

In der jüngsten Verhandlungsrunde für die Landesbeschäftigte wurde erst in der dritten Verhandlungsrunde überhaupt mit Zahlen und Möglichkeiten operiert. Während das Land in der Corona-Flut versinkt, wurden die üblichen Rituale abgespielt, taktiert und telefoniert, agiert und gebremst. Und es haben sich am Horizont, so wie ein Jahr zuvor in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen, die ersten Versammlungseinschränkungen abgezeichnet, die ein medial und mental wirksames Präsentieren der berechtigten gewerkschaftlichen Forde-

rungen erschweren bis nahezu unmöglich machen würden. Bei aller neuer digitalen Fähigkeit, die wir im Crashkurs seit Frühjahr 2020 erlernt haben: eine analoge Veranstaltung ist echter und wahrer und spürbarer. Allein schon das warmherzige Gefühl, welches man im Streiklokal spürt, im Demonstrationszug, zusammen laufend, fröhlich und ernst plaudernd, mit der Fahne und der Rassel in der Hand, oder auf der Kundgebung, wo man den Rednerinnen und Rednern mal zuhört, mal mit der Kollegin nebenan spricht, der andere Kollege eine Bratwurst vom Stand holt. Diese echte Welt, die wir so dringend brauchen und schätzen. Atmosphären des Möglichen. Alles dies war teilweise nur eingeschränkt umsetzbar und damit erlebbar. Im Sinne eines Fühlens, dass wir wieder auf der Straße sind. Und je höher die Wogen der Corona-Wellen schlagen, desto weniger konnten die bekannten Instrumente genutzt werden. Erwähnt sei auch die Verantwortung von vielen Arbeitskampfleitungen in den Hochinzidenzgebieten, wo Streiks und Kundgebungen abgesagt oder in den digitalen Raum verlegt worden sind. Und wir dürfen auch froh sein, dass es wenigstens elektronisch gelungen ist, die Brücke der Solidarität zu errichten und zu begehen. Uns zu verbinden. Mit den anderen. Mit unseren Anliegen.

Ergo: Wir haben Verantwortung gezeigt im Gegensatz zum eisigen Kurs der öffentlichen Arbeitgeber, die nicht den Blick aus den ehemaligen Luftschiffhallen in Potsdam, wo die Tarifrunden sich zu Verhandlungen destilliert hatten, gewagt haben, um zu schauen, wie die Lage im Land ist. Da wurde bis zum Schluss gepokert und spekuliert, ob es den Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen, Betrieben und Verwaltungen gelingt, Arbeitskämpfe zu organisieren. Tarifkampf ist Klassenkampf. So angestaubt es klingen mag. Die Verhältnisse der Kräfte sind die Indikatoren für eine Einigung. Unser Mittel: Das Niederlegen der Arbeit. Tariferhöhungen fallen nicht vom Himmel. Auch wenn dies nicht immer im Blick der vielen Nichtmitglieder und der noch mehr sein könnten Mitglieder liegt, jeder Cent muss erkämpft, also erstreikt werden. Es ist nicht so, dass die Arbeitgeber, auch nicht die des öffentlichen Dienstes, freiwillig mehr Gehalt bezahlen für alle.

Und wer schaut hin und wacht darüber, dass es wieder etwas mehr Geld gibt? Es sind die Gewerkschaften. Und dies ist kein abstrakter Koloss, es sind immer die Mitglieder. Es gibt keine Stellvertreterpolitik. Du und ich sind gefragt, um zum Wir zu gelangen. Engagement in den Kreisverbänden, in den Bezirken und auf den Landesebenen. Das Fundament ist stark, auf dem wir gemeinsam die Tarifrunden aufbauen. Denn es geht um das Einende, um das Gemeinsame gegen Selbstherrlichkeit mancher Arbeitgeberspitzen. Wir maßen uns etwas an. Gutes Geld für gute Arbeit zu verlangen statt kalten Beifalls und saurer Schluck-aus-der-Pulle-Rhetorik der anderen Seite. Der Gegenseite. Deren Anmaßungen und Mutmaßungen und gegen ihre Zumutungen.

Innerhalb der solitären Pandemie und auch außerhalb derer. Was außerhalb der Pandemie schon schlecht läuft, stolpert und holpert und ruckelt in einer solchen umso mehr: Arbeits- und Gesundheitsschutz und Wertschätzung und Klugheit. Selbst wenn es betont klar und deutlich ist, dass die Bedingungen an den Bildungs- und Forschungseinrichtungen in diesen essentiellen Fragen oft mangelhaft sind, agieren die Lauten und Leisen im politischen und administrativen Raum zu spät oder überhaupt nicht. Verschobene Verantwortlichkeiten zwischen Schulen und den kommunalen Trägern. Wieso kommen klare Botschaften bei den Kultusministerien nicht an? Man möge dabei an Ludwig Thoma und seinen Dienstmann Alois Hingerl aus „Der Münchener im Himmel“ denken, wo der göttliche Ratschluss dem Kultusminister nicht zugestellt wurde: „Und er bekam auch gleich einen Ratschluss für den Kultusminister Wehner zu besorgen und flog ab. Allein, nach seiner alten Gewohnheit ging er mit dem Brief zuerst ins Hofbräuhaus, wo er noch sitzt. Herr von Wehner wartet heute noch vergeblich auf die göttliche Eingabe.“ Mühsam muss die Maschinerie der Tarifrunden immer wieder und immer wieder in Gang gebracht werden, wenn die Laufzeit des Tarifvertrages sich dem Ende nähert. Es müssen die Entgelttabellen gekündigt werden, um rechtlich streikfähig zu werden. Es müssen die Beschäftigten motiviert werden, um faktisch streikfähig zu werden. Die Gelenke des Arbeitskampfmechanismus wieder ölen. →

Sozial- und Erziehungsdienst: Neue Verhandlungsrunde

(EuW) Am 25. Februar 2022 werden die Verhandlungen für den nächsten Schritt zur Aufwertung des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE) wieder aufgenommen. Dabei geht es um die Eingruppierung der rund 250.000 Beschäftigten in kommunalen Kitas und sozialen Einrichtungen und auch um die Schulsozialarbeit und Ganztagsbetreuung in den Schulen.

Nach der großen Aufwertungsrunde 2015 sollte die Eingruppierung der SuE-Beschäftigten ab Sommer 2020 erneut verhandelt werden. Pandemiebedingt wurden sie ausgesetzt. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben die Zeit genutzt, um ihre Forderungen für die Beschäftigten noch einmal zu aktualisieren. Die Sonderregelungen für den Sozial- und Erziehungsdienst im TVöD sind zum 31. Dezember 2021 gekündigt worden.

Die GEW ruft ihre Mitglieder auf, sich aktiv an der Tarifrunde zu beteiligen.

Tarifrunde TV-L 2021: Streikgeldformular jetzt online

Für die Abrechnung des Streikgeldes im Rahmen der Streikaktionen am 10.11.2021 in Halle sowie am 23.11.2021 in Magdeburg steht unter www.gew-sachsenanhalt.net/go/streikgeldformular ab sofort das Formular für das Streikgeld zum Download zur Verfügung.

Das Streikgeld wird in Höhe der Netto-Abzüge gezahlt, da die Bezügestellen Anteile der Bezüge einbehalten. Wir bitten alle Streikteilnehmer*innen, das ausgefüllte Formular unter Beifügung der entsprechenden Gehaltsabrechnung, aus der der Abzug hervorgeht, an uns zurückzusenden: GEW Sachsen-Anhalt, Regionalbüro Halle, Kleiner Berlin 2, 06108 Halle (Saale).

→ Die Beschäftigten und Mitglieder wieder mitnehmen. Ihnen zurufen, es geht wieder los. Wieder und wieder. Forderungen diskutieren und am Ende des Tages, meistens ein früher Morgen, statt des Kittels im Chemieraum, die Streikweste anziehen. Und wie anders und doch gleich in Pandemiezeiten. Videokonferenzen und Konferenzen und digitale Großbühnen.

Wir fahren alles auf, um den Zusammenhalt zu ermöglichen. Hin zu den von der Pandemie Abgekämpften und trotzdem Unverzagten. Und es ist gelungen. Dies ist die zentrale Botschaft. Wir haben die Tarifrunden im öffentlichen Dienst in der Pandemie gestaltet: Von der Tarifrunde 2020 im Bereich Bund und Kommunen, im Frühherbst 2021

in Hessen und im Spätherbst des gleichen Jahres für die anderen fünfzehn Bundesländer. Mit Stärke und Zuversicht. Auch immer im Bewusstsein, dass wir den Spielchen der Arbeitgeberseiten unsere Kraft entgegensezten müssen und unsere Würde. Die gute alte Solidarität wirkt. Auch in dunklen Zeiten.

Daniel Merbitz

Demokratieverständnis: Einfach mal „spazieren“ gehen?

Dunkel gekleidete Menschen marschieren mit verfassungsfeindlichen Symbolen und/oder Sprüchen durch die Straßen und tragen Fackeln. Sie ziehen vor die Wohnungen von Politikern und schüchtern zumindest ein. Das sind Szenen, die ich nur aus den Erzählungen meines Großvaters kenne.

Ein zweiter Teil denkt, er gehe zur „Montagsdemo“. Mit Sprüchen wie „Wir sind das Volk“ skandieren sie gegen die Corona-Politik der Regierenden. Fast 60 Millionen Geimpfte stehen ca. 18 Millionen (wenn man die Kinder abzieht) Ungeimpften gegenüber. Da erheben sie sich und sind das Volk? Da vergleichen sich „Spaziergänger“ ganz heroisch mit den Demonstranten in Myanmar. Und so ganz nebenbei: die „Montagsdemos“ hatten ein völlig anderes historisches politisches Ziel.

Eine dritte Gruppe sorgt sich um ihre Gesundheit, ist von dem ständigen Hin und Her verunsichert, sucht den richtigen Weg für sich und ist frustriert. Leider scheint ihnen dabei egal zu sein, wer sich an die Spitze ihrer „Spaziergänge“ setzt. Was mich dabei außerdem stört, ist, dass sich einige argumentativ auf ein „höheres“ Level erheben und denken, sie sind klüger als die Virologen des Landes. Sie sprechen von „gesunden stabilen Körpern“, die dem Virus trotzen, und erkennen das Risikopotential in der Bevölkerung; es gibt auch genügend Menschen die durch Krankheit gezeichnet sind oder waren, die ein schwaches Immunsystem aufweisen. Es wird die Wirksamkeit von FFP2-Masken infrage gestellt, obwohl

es dazu wissenschaftliche Studien gibt. Ist der Einzelne in seiner Weisheit jetzt wirklich klüger als das Max-Planck-Institut, das im Dezember 2021 zur Wirksamkeit von Masken eine Studie veröffentlichte? Viele von ihnen denken, aufs Impfen verzichten zu können, und nehmen zugleich nicht wahr, dass die Impfung nachweislich die Wirkung des Virus verringert. All das glauben und denken sie, weil sie sich dazu berufen fühlen? Weil sie Widerstand ausüben wollen? Weil das Grundgesetz es so schreibt? Dabei wird oft vergessen, dass wir eine Pflicht zur Fürsorge und Vorsorge der uns anvertrauten Kinder haben und die Pflicht, Risikopersonen in unserem Umfeld zu schützen. In welchem Verhältnis steht die Pädagogik der offenen Häuser/Gruppen in den Kindergärten zum Gesundheitsschutz der Kinder und des Personals? Hat die Erzieherin oder die Lehrerin, die das Virus ernst nimmt, kein Recht auf einen angemessenen Schutz?

Ich habe die Nase von diesem „Herrschewissen“ gestrichen voll. „Die Ungeimpften leugnen kein Corona“, hieß es neulich. Da sollte man sich einmal umfassender umsehen: Es sind sehr wohl Ungeimpfte dabei, die die Gefährlichkeit des Virus konsequent leugnen, die die Medien als „Lügenpresse“ bezeichnen, die Politiker bedrohen, die den Ruf „Wir sind das Volk“ missbrauchen.

Wo sind wir im Land der Denker nur hingekommen, dass sich sogenannte „Querdenker“ an die Spitze der Bewegung setzen können? Sie sprechen von undemokratischen Zuständen in unserem Land, wenn

wir jedoch undemokratische Zustände in Deutschland hätten, dann wären diese „Spaziergänger“ morgen schon verschwunden. Sind sie es? Nein, es wird sie auch morgen noch geben. Das ist auch gut so. Aber Demokratie funktioniert nur, wenn man sich an Regeln hält, wenn man Veranstaltungen anmeldet, Abstände einhält, Masken trägt und Kinder nicht als Schutzschilder missbraucht. Und wer diese Regeln verletzt, soll sich bitteschön nicht beklagen, wenn es Restriktionen gibt. Er gehört genauso bestraft wie derjenige, der bei Rot über die Ampel fährt oder aber derjenige, der ohne zu bezahlen „einkaufen“ geht.

Demokratie ist nicht gleichzusetzen mit Narrenfreiheit! Natürlich bietet der Umgang mit der Pandemie Angriffspunkte. Da ändern sich Einschätzungen zu den Impfstoffen und deren Alterszuordnung, da ist die aktuelle Regel-Kakophonie der Einsicht des Einzelnen nicht gerade dienlich. Da sind Regelungen in der Zuständigkeit des Sozial- und Bildungsministeriums nicht aufeinander abgestimmt, da gibt es Vorschriften zur Bildung von Kohorten, die jenseits der pädagogischen Praxis sind, da sind Betretungsregeln der Einrichtungen diskussionswürdig u. v. m. Doch über allem steht der Schutz unserer Gesundheit und der Gesundheit der uns anvertrauten Kinder!

Und noch eins zum Schluss. Führt die „Weisheit“ darüber, dass der Klügere nachgibt, nicht vielleicht eines Tages dazu, dass uns die „Dummheit“ regiert?

Kurt

Gesellschaftspolitik: Übertriebener Individualismus ist mir unheimlich

Ehemalige DDR-Bürger wissen noch genau, was übertriebener Kollektivismus anrichten kann. Als Bauernkind habe ich die Kollektivierung der Landwirtschaft erlebt und werde nie vergessen, wie meine Eltern darunter gelitten haben. Pionierorganisation, FDJ, Jugendweihe: Alle ziehen dasselbe an und machen das Gleiche. Eine solche Einschränkung der Individualität der Menschen konnte nicht gut gehen.

Jetzt erleben wir ziemlich genau das Gegenteil: ausufernder Individualismus. Nicht nur in Deutschland, in allen entwickelten Demokratien. Es ist völlig klar, dass es in demokratischen Gesellschaften Minderheitenrechte geben muss, sonst wird ein Teil der Bevölkerung ständig unzufrieden sein. Eine neue Qualität des Individualismus hat nun aber Corona mit sich gebracht. Seit

1275 hat sich in der Schweiz die Kultur der Volksbefragungen entwickelt. Bisher wurde dort der Mehrheitswille in aller Regel akzeptiert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt. Plötzlich steht das infrage. Die jüngsten Ergebnisse zu Corona-Regeln werden ganz offensichtlich von den Unterlegenen nicht mehr anerkannt und die Spaltung des Landes schreitet voran.

Auch ohne Volksentscheid passiert bei uns Ähnliches. Corona-Leugner und Impfgegner akzeptieren staatliche Regeln nicht mehr. Eigentlich gelten die für alle gleich. Doch das interessiert gerade nicht. Im Prinzip verhält man sich wie der Tennis-Multimillionär Đoković, der möglicherweise seine geforderten Privilegien aus seinem Reichtum ableitet. Aber egal ob arm oder reich: Regeln sind Regeln. Punkt. Und wenn die Mehrheit

gerade ruhig ist, bedeutet es nicht, dass Minderheiten das Recht auf Krawall haben. Anders die Minderheit der Steuerhinterzieher. Während Renten seit Jahren doppelt besteuert werden und der Fiskus jedem Euro des „Normalbürgers“ nachjagt, helfen selbst die *Panama Papers* nicht, endlich die Steuerschlupflöcher für die großen Verweigerer des Beitrages für die Gemeinschaftsaufgaben der Gesellschaft zu schließen. Die schweigen und genießen, weil der Staat sie genießen lässt.

Die Politiker*innen sollten all diese Entwicklungen im Blick haben, denn sie verheißen nichts Gutes. Mir scheint allerdings, dass die Suche nach den Ursachen dieser Entwicklungen noch gar nicht begonnen hat. Aufwachen!

Rolf Hamm

Podiumsdiskussion des Aktionsbündnisses „#MLUnterfinanziert“: „Hausaufgabenkontrolle – Halle bleibt! Aber wieviel davon?“

(EuW) Die Kürzungsdebatte an der Martin-Luther-Universität in Halle geht in die heiße Phase. Nach den Plänen des Rektorats der Universität sollen mehr als 30 Professuren wegfallen, ca. 200 Mitarbeiterstellen und über 4.000 Studienplätze gestrichen werden. Diesem Kahlschlag will „Hausaufgabenkontrolle – Halle bleibt! Aber wie viel davon?“ entgegenwirken. Aus diesem Grund veranstaltet das Aktionsbündnis „#MLUnterfinanziert – Perspektiven schaffen!“ am 8. Februar von 19 bis 21 Uhr im Audimax der Martin-Luther-Universität eine Podiumsdiskussion zu den Kürzungsplänen, bei der Vertreter*innen des Aktionsbündnisses und der Gewerkschaften GEW und ver.di mit dem Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt, Prof. Dr. Armin Willingmann, sowie dem Rektor der Universität Halle, Prof. Dr. Christian Tietje, über die Kürzungspläne und deren Konsequenzen diskutieren wollen.

Anlass für die Veranstaltung ist die massive Kürzungspolitik, bei der sich MLU und Land gegenseitig die Schuld an der katastrophalen Lage zu geben scheinen. Vorgeblich wird dabei der Erfüllung der als „Bernburger Frieden“ bekannt gewordenen Vereinbarung zwischen Land und Hochschulen nachgekommen, die einen umfangreichen Stellenabbau vorsah und 2014 auf der Grundlage 2011 erhobener Finanzzahlen beschlossen worden war. Die damaligen Kürzungen wurden unter dem Deckmantel der „Straffung und der Reduzierung unnötiger Doppelstrukturen“ innerhalb der Hochschulen des Landes verhandelt. Dieser mittlerweile fast acht Jahre zurückliegende Beschluss wird politisch durch die Regierungsparteien zum Anlass genommen, um der MLU erneute Kürzungen abzuverlangen. Der Minister und die Koalitionsparteien im Landtag von Sachsen-Anhalt behaupten, die Universität in Halle habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht und komme den getroffenen Vereinbarungen nicht nach.

Aber auch das Verhalten des Rektorats, das im Juni 2021 versuchte, den Senat mit einer Beschlussvorlage zu übertölpeln, in der einseitig die Schließung und Abwicklung ganzer Fachbereiche und die Auflösung und Zusammenlegung ganzer Fakultäten ohne eine breite Diskussion beschlossen werden sollte, ist wenig nachvollziehbar. Den Plänen des Rektorats zufolge hätte es insbesondere die sogenannten kleinen Fächer wie Alphilologien und Südostasienstudien, aber auch die Agrarwissenschaften getroffen. War im Juni noch von der Schließung zweier Fakultäten die Rede, soll nach den aktuellen Plänen nun das Gießkannenprinzip angewandt und an allen Stellen innerhalb der Universität Kürzungen vorgenommen werden, seien diese nun sinnvoll oder nicht.

Sowohl die Forderungen der Landesregierung wie auch die Pläne des Rektorats gehen an der politischen und hochschulischen Realität und den an die Universität

gestellten Anforderungen vorbei. Zudem werfen sie durch ihre Widersprüchlichkeit zahlreiche Fragen auf.

Die Podiumsdiskussion soll dahingehend gegenüber der Öffentlichkeit für Klärung sorgen und Transparenz in die Diskussion bringen. Für die Veranstaltung, die in Hybridform geplant ist, ist die Pandemieverordnung des Landes Sachsen-Anhalt in ihrer dann geltenden Form verbindlich, die Veranstalter behalten sich vor, davon abweichend einen Mindestschutz in Form von 2G und das Tragen von Masken als verpflichtend anzusehen – eine verbindliche

Voranmeldung bitte an die Mail-Adresse: mlunterfinanziert@gmx.de

Für diejenigen, die an der Podiumsdiskussion aufgrund der geltenden Abstandregeln und begrenzten Kapazitäten nicht teilnehmen können, wird die Veranstaltung live gestreamt werden. Der entsprechende Link wird über die Sozialen Medien und auf der Webseite der GEW Sachsen-Anhalt zeitnah vor der Veranstaltung veröffentlicht. Denjenigen, die an der Diskussion über das Internet teilnehmen wollen, wird die Möglichkeit der Fragenstellung über einen moderierten Chat geboten.

Liebe Jenny,

schon immer habe ich geahnt, das Leben steckt voller Verzweigungen und Mehrdeutigkeiten; heute weiß ich es genau: In Deutschland warten mehr als 21.000 – in Wörtern: einundzwanzigtausend – Studiengänge darauf, von den „Lieben Kleinen“ demnächst, von den „Lieben Großen“ bald und von vielen neugierigen Leuten irgendwann studiert zu werden. Welche Lust, sich einen davon aussuchen zu können. Welche Last, sich einen davon aussuchen zu müssen. Welch aufregende Eröffnung von Liebe und Leidenschaft für ein Studienfach ... also los ... aber in welche Richtung? Vorher schnell mal nach Neuseeland, um all diese Möglichkeiten distanziert von unten zu betrachten? Oder her mit der langen Fächerliste und streichen, was sicher oder möglicherweise oder nur vorläufig gestrichen werden kann – auch wenn es ein graues Haar und zehn Wutanfälle und 100 Beutel Tee und 1.000 Zweifel kostet?

Mit meinen Erstsemestern habe ich im Herbst über die Wege ins Studium gesprochen, doch wohl eher beiläufig und mit dem Kommentar: „Gratulation, ihr habt cool gewählt, ihr habt euch für meine absolute Lieblingsdisziplin entschieden.“ Jetzt stehen Prüfungen bevor – ich ahne, was du mir wieder vorhaltest: „ihr prüft zu oft“ –, und es ist ungewiss, was ich in den Gesprächen erleben werde. Mir ist bewusst, meine neugierigen Studies sind noch keine umherschweifenden Kompetenzen, sie sind noch immer Suchende:

Da ist eine Studentin, zurückhaltend und still im Seminar; nimmt sie sich, verunsichert und Rat benötigend, gerade die unendlich scheinende Fächerliste erneut vor, um zu grübeln? Lauscht sie zudem den ungezählten Coronaerklärungen, den unglaublich schnell überholten Glaubenssätzen aus Politik und Organisationen, wenn die wieder einmal warnen, es werde demnächst eine unbedingt zu beachtende Warnung geben müssen – und die damit lediglich Verunsicherung auslösen. Was denkt an dieser Stelle mein so stark an Fakten interessierter Student? „Wo sind denn die Daten“, fragt er sich, „um eine schöne Deskriptive Statistik entwerfen zu können, um auf deren Grundlage sowohl eine Prognose als auch deren Gültigkeitsbereiche zu berechnen?“ Und was würde daraus für unseren Alltag heute folgen, werden andere Studierende ergänzen, diejenigen, denen bewusst ist: Unser aller Reisebegleiter ist das Risiko.

Liebe Jenny, vor den Prüfungen werde ich meine jungen Leute einladen – ich möchte hören, wie sie Tee schlürfen und wie sie Kekse knabbern. „Liebe Studies“, werde ich beginnen, „danke, dass ihr da seid. Ohne euch gäbe es mich in diesem Seminarraum nicht. Stets gern bin ich zu euch gekommen zum gemeinsamen Nachdenken. Manchmal habe ich auf der Tafel hinter mir Fehler notiert, verehrt mir dafür einen „Goldenen Radiergummi“. Dazu könnt ihr kreischen und jubeln, wie es die Filmleute können, aber bedenkt dabei: Wir leben mit dem Irrtum, auch deshalb arbeiten wir hier. Und fehlte uns mal eine Antwort, lautete unser Motto: Ausschau halten; höher und höher auf der Wendeltreppe zum Studienerfolg. Wer kommt schließlich sicher da oben an? Ihr, wer sonst?“

Danach diskutieren wir ... versuchen, besser zu verstehen, wie unsere Debatten über abgegrenzte Themen einzuordnen sind. Über solches Wissen hinaus werden wir analysieren, welche Position unseren Seminaren im gesamten Studium zukommt – die große Linie sollte auch in einem ersten Semester erkennbar sein. Gleichermassen wichtig: Motive und Zusammenhänge, die logischen Konsequenzen unseres Vorgehens. Schließlich und endlich Details wie: Warum muss an einer Stelle a^2 stehen und nicht \sqrt{a} ?

Liebe Jenny, bitte lass uns morgen darüber reden, ob ich das so machen kann oder ob es schrecklich uncool ist.

Deine Laura

In ihrer Botschaft an die Mitglieder zum neuen Jahr wünschte die GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth im Namen des Landesvorstandes „ein gutes, friedliches, erfülltes und erfolgreiches neues Jahr, auch wenn die

Schulpolitik und Lehrerarbeitszeit: Viel Frust und wenig Vertrauen

Umstände misslich sind. Ihr alle seid toll und engagiert und ihr habt eure GEW an eurer Seite.“

Dann musste sie aber auch konstatieren: „Aus dem Bildungsministerium gibt es leider nichts Neues. Gesundheitsschutz für das pädagogische Personal, schnellere Umsetzung des Digitalpaketes, Luftfilter – alles Fehlanzeige. Die Bildungsministerin begrüßte den Beschluss der KMK, dass es Präsenzunterricht um jeden Preis geben soll. Sie weiß, dass sie ihn aufgrund der mangelnden Unterrichtsversorgung sowieso nicht umsetzen kann. Auch die GEW ist für Präsenzunterricht. Er wäre die beste Lösung, auch im Hinblick darauf, dass alles andere immer eine zusätzliche Belastung der Lehrenden erfordert. Aber es wird Situationen geben, in denen zu viele Lehrkräfte und Schüler*innen erkrankt oder in Quarantäne sind, so dass Präsenz einfach nicht möglich ist.“

Wir finden auch, dass das Beharren auf der Präsenzpflicht mit dem Hinweis, keinen zurücklassen zu wollen, schon ein wenig heuchlerisch ist. Es gibt derzeit, auch ohne Corona, nur sehr wenige Fördermöglichkeiten an den Schulen: Zu wenige Förderschullehrkräfte für Inklusion und Förderschulen, keine Sprachförderung mehr, zu wenige Schulpsycholog*innen, eine unklare Finanzierung für die Schulsozialarbeit, ..., so dass man hier mit weiteren Einschränkungen rechnen muss, und bisher keine Schulverwaltungs- bzw. Digitalassistent*innen zur Entlastung der Schulen (letztere sind nur vollmundig angekündigt). Und der Lehrkräftemangel wird ja scheinbar auch hingenommen.“

Die Landesvorsitzende formulierte anschließend nachdrücklich die GEW-Forderungen an die Landesregierung und das Bildungsministerium:

1. Der Gesundheitsschutz an Schulen muss weitergeführt und ausgebaut werden.

Es darf nicht am Geld scheitern, wie das bisher beim flächendeckenden Einbau von Luftfiltern der Fall ist. Bei zu vielen Infektionen bzw. Quarantänefällen dürfen auch Schulschließungen oder Unterricht in kleinen Gruppen nicht ausgeschlossen werden.

2. Die Schulen müssen entlastet werden, und zwar schnell.

Bisher reden unsere Arbeitgeber nur von Schulverwaltungs- und Digitalassistent*innen, ohne dass auch nur eine einzige Stelle ausgeschrieben ist. Die Schulsozialarbeit wird weiterhin auf Sparflamme gefahren. Die Landesregierung muss endlich handeln! Die GEW ist der Auffassung, dass von Lehrkräften und pädagogischem Personal ein über großes Engagement verlangt wird. Das ist auf Dauer nicht durchzuhalten.

3. Es ist dringend notwendig, Verhandlungen mit der GEW zu unserem Zehn-Punkte-Plan zur Entlastung und zur Absenkung der Arbeitszeit aufzunehmen.



→ www.gew-sachsenanhalt.net/go/arbeitszeitkampagne

Der Plan beinhaltet, dass alle Beschäftigten an Schulen die Möglichkeit für freiwillige, längerfristige Arbeitszeitkonten erhalten. Es mehren sich jedoch die Anzeichen, dass das Bildungsministerium verpflichtende zusätzliche Stunden plant und damit eine Arbeitszeiterhöhung. Die GEW wird eine solche Arbeitszeiterhöhung mit allen politischen und juristischen Mitteln bekämpfen und warnt die Landesregierung davor, die Misere auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen.“ Ihre Neujahrsbotschaft schloss Eva Gerth konsequenterweise mit: „Bleibt gesund und kämpferisch!“.

Sowohl auf die Neujahrsgrüße der GEW-Vorsitzenden als auch auf Passagen aus dem Gespräch mit der Bildungsministerin Eva Feußner (→ EuW 01/2022) gab es Reaktionen von GEW-Mitgliedern. Das war Anlass für die Redaktion, das Titelthema dieser Ausgabe diesen Themen zu widmen und die Meinungen unserer Mitglieder zu platzieren.



Das Thema Bildung und Schule hat in der Landesregierung hohe Priorität und ich stehe dazu in kontinuierlichem Austausch mit der zuständigen Bildungsministerin, Frau Feußner.

Grundsätzlich möchte ich betonen, dass bei allen Bemühungen, der angespannten Personalsituation an Schulen mit Neueinstellungen und anderen Maßnahmen bestmöglich zu begegnen, in diesen Zeiten die Gewährleistung einer guten Unterrichtsversorgung für die Landesregierung oberste Priorität hat.

Als Ansprechpartnerin zu allen angesprochenen Fragen stehen Ihnen die Ministerin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung.

Dr. Reiner Haseloff MdL

Der nebenstehende Text ist ein Originalzitat – und eigentlich auch schon der ganze Inhalt – eines Antwortschreibens von Ministerpräsident Haseloff an die GEW:
 „... vielen Dank für Ihr Schreiben vom 5. Oktober 2021, in dem Sie die Vorschläge der GEW zur Absenkung der Arbeitszeit und Entlastung der Lehrkräfte anlässlich des Welttages der Lehrerin und des Lehrers noch einmal direkt an mich adressierten.“

Ob auch für Finanzminister Richter Bildung und Schule hohe Priorität haben?

Für Entlastung und gute Arbeit!

- **Absenken der Pflichtstundenzahl** für alle Lehrkräfte um eine Stunde
- Mehrarbeit bzw. **Mehrstunden begrenzen** auf zwei Stunden pro Woche, zusätzliche Stunden nur mit Einverständnis der Kolleg*innen
- **Anrechnungsstunden** für jede zusätzlich übertragene Aufgabe für Lehrkräfte, Pädagogische Mitarbeiter*innen und Schulleitungen
- Einführung von freiwilligen **Arbeitszeitkonten**, über die Kolleg*innen an Schulen selbst verfügen können, ohne Zwang zum Auszahlen der Konten
- Entlastung von Seiteneinstiegenden durch **Absenkung der Unterrichtsverpflichtung** im ersten halben Jahr und mehr Zeit für Fort- und Weiterbildungen
- **Aufstockung der Altersermäßigung** von einer Unterrichtsstunde ab dem 55. Lebensjahr und von bis zu fünf Stunden ab dem 63. Lebensjahr
- Entlastung aller Schulen von administrativen Aufgaben durch **Schulverwaltungsassistent*innen**
- Entlastung aller Schulen durch **Arbeit in multiprofessionellen Teams**, u. a. Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen, Pädagogische Mitarbeiter*innen, Förderlehrkräfte, Schulpsycholog*innen
- ältere Lehrkräfte und Pädagogische Mitarbeiter*innen können sich für **Mentor*innen-Programme** bewerben, um unter Anrechnung der Hälfte ihrer Arbeitszeit Studierende im Praktikum, LiV, Seiteneinstiegende und neu eingestellte Pädagogische Mitarbeiter*innen zu begleiten
- Umsetzung der Ergebnisse der „Schulfrieden“-Gespräche, u. a. Gründung einer Arbeitszeitkommission und Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrkräften

GEW zu Arbeitszeitkonten: Arbeitszeit flexibel ausbauen

Ganz neu ist das Thema „Arbeitszeitkonten“ natürlich nicht. In der Zeit der Arbeitsplatzsicherungstarifverträge in den 90er Jahren haben wir solche Modelle tariflich vereinbart und zu positiven Ergebnissen geführt. Die Vorstellung der Landesregierung, dadurch Geld zu sparen, erwies sich damals als Illusion und würde auch heute nicht eintreten. Trotzdem, auch nachdem die Bildungsministerin auf ein solches Vorgehen konstruktiv reagierte, hat die GEW Vorschläge. Als derzeit geltende Modelle können die Arbeitszeitverordnung und der Flexi-Erlass herangezogen werden. Danach können Lehrkräfte in einer Woche bis zu vier Unterrichtsstunden mehr oder weniger arbeiten, je nach dienstlicher Notwendigkeit. Schon dadurch entsteht ein Arbeitszeitkonto für ein Jahr mit sehr wahrscheinlich positivem, in Einzelfällen auch negativem, Saldo. Wenn Mehrstunden auf dem Konto sind, hat die Lehrkraft sogar eine Wahlmöglichkeit für die Abgeltung: Auszahlen lassen oder im nächsten Schuljahr weniger arbeiten.

Flexi-Regelung ausbauen

Diese Regelung will die GEW nun ausbauen. Kurz gesagt, die Ansparegelung und die Wahlmöglichkeit für die Abgeltung sollen erhalten bleiben, nur der Zeitraum dafür soll gestreckt werden. Damit könnte ein Arbeitszeitkonto für beispielsweise fünf Jahre entstehen, indem die Lehrkraft in vier Jahren je zwei Wochenstunden mehr arbeitet und dann im fünften Jahr, das möglicherweise das letzte Jahr vor ihrer Rente oder Pension ist, insgesamt acht Stunden weniger, um die Stunden auszugleichen. Es wäre ebenso möglich, in einem jüngeren Lebensalter die Abgeltung für mehr Familienzeit zu nutzen. Möglich ist es auch, jede Vertretungsstunde auf dem Konto zu buchen. Generell plädiert die GEW dafür, dass der Ausgleich des Kontos weiterhin durch Freizeit oder durch Auszahlung erfolgen kann und auch in mehreren Schritten passieren kann. Die Wahlmöglichkeit liegt bei den Beschäftigten. Insofern entstehen ganz individuelle Konten.

Freiwilligkeit garantieren

Einer der wichtigsten Punkte beim Arbeitszeitkonto ist die Freiwilligkeit, mit der man sich entscheiden kann, das Konto über einen längeren Zeitraum anzulegen. Ansonsten gelten Arbeitszeitverordnung oder Flexi-Erlass, wie bisher.

GEW-Landesverbände in anderen Bundesländern haben schlechte Erfahrungen mit Zwangsmodellen, den sogenannten Vorrangsstunden, gemacht. Dabei wurde eine Arbeitszeiterhöhung für mehrere Jahre angewiesen, um später auch das Absummeln anzusehen. Die GEW Sachsen-Anhalt würde eine solche Zwangsregelung mit allen politischen und juristischen Mitteln bekämpfen. Arbeitszeitkonten können nur dann vernünftig funktionieren, wenn sie auf einem Geben und Nehmen beruhen. Auf der einen Seite sind Lehrkräfte freiwillig bereit, mehr zu arbeiten, um dem Arbeitgeber aus der Mängelmissere zu helfen, auf der anderen Seite erhalten sie ein Stück Souveränität über ihre Arbeitszeit.

Vertraglich absichern

Bei einem solchen Entgegenkommen der Beschäftigten, nämlich freiwillig Mehrarbeit zu leisten, dürfte es selbstverständlich sein, dass solche Arbeitszeitkonten vertraglich schriftlich abgesichert werden. Das ist entweder durch einen Tarifvertrag auf Landesebene oder durch einen individuellen Vertrag mit jeder Lehrkraft möglich. Vor allem muss sich die Landesregierung schriftlich verpflichten, die Pflichtstundenzahl während der Laufzeit der Konten nicht zu erhöhen, um die Stunden nicht zu entwerten. Weiterhin müssen die Konten bei Krankheiten, die kein Absummeln des Kontos ermöglichen, auf jeden Fall zeitnah ausgezahlt werden.

Weitere Regelungen

Analog zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder fordert die GEW einen Bonus für die Zeitguthaben am Jahresende. Ebenso sollten die Zeitguthaben unverfallbar (Insolvenzschutz) und vererbbar sein.

Alle diese Regelungen sollen aus Sicht der GEW auch für Pädagogische Mitarbeiter*innen und weiteres Personal an Schulen gelten.

Eva Gerth,
Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt

Reaktion auf EuW-Interview mit Bild „Für mich ist das Arbeitsze

Liebe GEW, das neue Jahr begann für mich mit einem lauten Knall, denn das Interview in der Ausgabe 01/2022 der „Erziehung und Wissenschaft“ mit Eva Feußner machte mich sehr wütend. Mir scheint, nach dem Lesen des Artikels, dass sich wieder einmal nicht viel ändern wird. Überraschung, Überraschung!!! Es wird wohl weiter so sein, dass die Lehrer*innen im Dienst immer mehr leisten und aushalten müssen. Ich möchte mich nun zu einigen Aussagen des Interviews äußern:



Das Modell des Arbeitszeitkontos ist aus meiner Sicht absolut keine Lösung. Die Kolleg*innen, die eine Vollzeitstelle haben, sind bereits mehr als beschäftigt und die zeitintensiven Zusatzaufgaben werden auch nicht weniger. Die Kolleg*innen, die Teilzeit arbeiten, tun dies aus triftigem Grund. Warum soll es plötzlich in Ordnung sein, wöchentlich zwei bis vier Stunden mehr zu arbeiten? Wobei diese Mehrarbeit weniger vergütet wird, d. h. der Stundenlohn niedriger ist.

Ein Abbau der Stunden im folgenden Schuljahr führt wieder zu einer Lücke im System und zu Mehrarbeit für die anderen Kolleginnen und Kollegen.

Für mich ist das Arbeitszeitmodell ein Teufelskreis. Hier macht es sich die Landesregierung einfach und gibt dem Begriff „Überstunden“ einfach einen beschönigenden Namen.

Eine Unterrichtsversorgung von 103 Prozent ist im Koalitionsvertrag formuliert. 100 Prozent wären laut Aussage von Eva Feußner realistischer. Selbst diese werden aber an den meisten Schulen kaum erreicht. Wer stellt sich Ziele, die man sowieso nicht erreichen kann? Das erinnert mich an die Vorsätze zu Silvester. Diese sind nach ein paar Tagen auch meist wieder vergessen. Da fühle ich mich als Lehrerin wirklich veralbert.

Außerdem sehe ich keine großen Bemühungen des Landes, tatsächlich mehr Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen. Die Stellenausschreibungen sind absolut nicht der Realität entsprechend. Es müssten viel mehr Stellen ausgeschrieben sein. Außerdem ist man zu unflexibel, räumt den Schulleitungen zu wenig Mitsprache ein. Die Statistiken sind verzerrt. Die Stellen von Lehrerinnen und Lehrern, die langzeiterkrankt sind oder eher in Rente gehen, werden viel zu zögerlich ausgeschrieben und neu besetzt. Das bedeutet, der Stuhl am Arbeitsplatz bleibt einfach leer. Die Akten stapeln wir einfach auf den Tisch vom Nachbarn. So funktioniert ein Unternehmen nicht lange und Schule übrigens auch nicht.

An der Universität Halle (Saale) gleichen sich die Ausbildungszeiten der Lehrkräfte für Sekundarschule und

ungsministerin: itmodell ein Teufelskreis"

Grundschule in Dauer und Leistungspunkten an, die Bezahlung leider nicht. So müssen Grundschullehrkräfte mehr Stunden für weniger Geld leisten. Dies bedeutet in der Realität, dass der Sekundarschullehrer ca. 300 € Netto mehr Geld hat und dafür in der Woche ca. drei Stunden weniger arbeitet. Wer da Lust auf ein Grundschulstudium bekommt, der hebe die Hand!

Außerdem sagt die Bildungsministerin, dass die Ausbildungsplätze an der Universität nicht alle vergeben worden sind. Wie kann das sein? Gibt es tatsächlich keine Bewerberinnen und Bewerber oder ist ggf. der Uni-NC eine nicht zu überwindende Hürde? Vielleicht sollte man endlich auch über eine andere Einstellungs- und Zulassungsform nachdenken.

Oder würden Sie noch in Sachsen-Anhalt Grundschullehramt studieren, wenn es in den angrenzenden Bundesländern später mehr Gehalt gibt? Und die Bombe zum Platzen brachte dann die Aussage der Bildungsministerin, dass „im Grundschulbereich die Situation gar nicht schlecht aussehe“ und man erst einmal beobachten will, wie viele Grundschullehrerinnen und -lehrer Sachsen-Anhalt „meiden oder verlassen“. Das heißt, erst wenn

sich genügend weg beworben haben oder noch mehr Stellen unbesetzt bleiben, überlegt man zu reagieren. Die Idee/Notlösung der Seiteneinsteiger möchte ich an dieser Stelle nicht weiter beurteilen.

Was für eine Frechheit! Das nenne ich mal eine ordentliche Ohrfeige. Die Lehrerinnen und Lehrer sind also selber schuld, wenn sie an der Grundschule im Land bleiben, sich um die Kinder sorgen und kümmern und den Schulbetrieb mit letzter Kraft bewältigen.

Aber Idealismus hat ja noch niemanden was genützt. Und die Kinder scheinen für den Staat und das Land nicht das zu sein, was man unsere Zukunft nennt.

An dieser Stelle mag ich zu bedenken geben, dass es nicht so einfach ist, sich neu zu bewerben. Man kann nur einmal im Jahr im Januar einen Versetzungsantrag stellen oder eine Freigabeerklärung oder einen Länderaustausch beantragen. Diese müssen dann vom Referat 31 genehmigt werden. Sie werden aber meist abgelehnt mit der Begründung, dass an der Stammschule die Unterrichtsversorgung zu instabil und nicht ausreichend ist. Wieder ein Jahr warten. Eine Regelung, dass nach drei Anträgen eine Genehmigung erfolgen muss, gibt es nicht. Es wurde nur geregelt, dass man nach Einstellung definitiv erst einmal drei Jahre bleiben muss. Gefangen im System!

Ich fasse zusammen: Augen auf bei der Berufswahl! Wähle deinen Arbeitsort und die Schulform gut überlegt! Verlasse dich nicht auf die Politik, denn sie schafft es immer wieder, die Hoffnungen und Träume mit unrealistischen Verträgen und leeren Worten zu begraben.

Und solange man mit der Institution Schule kein Geld verdienen kann, solange kann man sich in der Schlange immer wieder hintenanstellen.

Dabei spreche ich an dieser Stelle auch nicht davon, dass es schon ein schön wäre, die Lehrerinnen und Lehrer zu motivieren, ihre Arbeit zu schätzen und anzuerkennen, dass sie jeden Tag aufs Neue ihre Energie und Liebe für die Schülerinnen und Schüler aufbringen.

Cornelia Tschochner,
ein treues GEW-Mitglied



Brief an Ministerin: Antwort auf „Brandbrief“

Sehr geehrte Frau Feußner, zuerst möchte ich Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Tätigkeit als Bildungsministerin für das Jahr 2022 wünschen. Ihr Schreiben vom 20.12.2021 habe ich erhalten und möchte gern dazu Stellung nehmen.

In Ihrem „Brandbrief“ richten Sie einen Appell an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich in den nächsten Jahren mit der Absicht tragen, in den Vorruestand oder auch Ruhestand zu wechseln. Ihr Appell ist nachvollziehbar und ich finde es sehr mutig von Ihnen, die Probleme klar beim Namen zu nennen und dass Sie die Dramatik der zukünftigen Lehrerversorgung zum Anlass nehmen, dass wir uns mit unseren Zukunftsplänen noch einmal gründlich auseinander setzen.

Ich selbst bin Jahrgang 1960 und habe tatsächlich vor, mit 63 in den Vorruestand zu gehen. Dass man auf die Erfahrungen unserer Lehrergeneration nur ungern verzichtet, haben Sie eindringlich hervorgehoben. Trotzdem fällt es mir aus verschiedenen Gründen schwer, meine Absicht zu ändern. Dies möchte ich Ihnen gern begründen:

1. Als es nach der Wende um die Anrechnung der zurückliegenden Jahre für die Jubiläumsdienstzeit ging, hat man mir meine ersten sechs Dienstjahre in Halle-Neustadt nicht angerechnet, da ich einem anderen Schulamt zugordnet war (seitdem arbeite ich ohne Unterbrechung im Harzkreis).
Das war eine Argumentation, der man nur schwer folgen konnte.
2. Als es um die Verbeamtung ging, kam ich nicht in Frage, da ich keine sogenannten Mangelfächer unterrichtete (Ich bin Lehrer für Mathe/Physik).
3. Während der Grundwehrdienst bei der NVA auf die Dienstzeit ange rechnet wurde, war das in meinem Fall angeblich nicht möglich, da ich den Grundwehrdienst bei den Grenztruppen absolviert habe, folglich als besonders systemnah galt. Dabei wurde ich gar nicht im Grenzdienst eingesetzt und hatte mir die Grenztruppen für meinen Grundwehrdienst nicht ausgesucht. Aber das nur nebenbei.
4. Unsere Gehälter, insbesondere bzgl. des Weihnachtsgeldes, sind erst sehr spät dem Westen angeglichen worden. Die finanzielle Ungleichbehandlung von Verbeamten und Angestellten ist nicht vom Tisch.
5. Und was mir am meisten gegen den Strich geht, war die Streichung der Altersabminderungsstunden ab dem 60. Lebensjahr bzw. der Aufschub auf das 62. Lebensjahr.
Diese Entscheidung hat mit Sicherheit viele meiner Kolleginnen und Kollegen dazu bewogen, eher den Dienst zu quittieren. Noch heute liegen mir die Worte Ihres Vorgängers, Herrn Tullner, auf der Demo in Magdeburg in den Ohren: „Eigentlich reden wir heute über nichts.“ Das war mehr als eine unsensible Äußerung und ließ auf wenig Verständnis für die Belange der älteren Pädagoginnen und Pädagogen schließen.
6. Modelle, wie ältere Kolleginnen und Kollegen sie in der Vergangenheit nutzten, um vorzeitig aus dem aktiven Dienst auszuscheiden, wurden uns nicht angeboten.
7. Die Einrichtung von Arbeitszeitkonten dürfte für meine Generation nicht mehr sinnvoll sein.

Ich bin überzeugt, dass diese Aufzählung durch andere Lehrkräfte noch fortgesetzt werden könnte.



→ Nun wird wieder einmal versucht, uns um Verständnis zu bitten. Aber wer hat für unsere Situation, für die immer mehr zunehmenden Arbeitsbelastungen und die daraus resultierenden gesundheitlichen Probleme Verständnis? Stattdessen wurden viele Anrechnungsstunden für außerunterrichtliche Aktivitäten gestrichen. Die halbe Stunde für die Klassenleitertätigkeit ist völlig unzureichend und spiegelt den realen Arbeitsaufwand in keiner Weise wider. Der Lehrerberuf muss wieder an Attraktivität gewinnen und wir können nicht dauerhaft auf Seiteneinstieger hoffen. Wenn das Ministerium für Bildung hier nicht einlenkt, wird Ihr nachvollziehbares und wohlwollendes Schreiben sein Ziel nicht erreichen können.

Es ist Ihnen sicher bekannt, dass auch Kollegen vor dem 63. Lebensjahr ihre berufliche Tätigkeit aufgeben möchten, da sie den Belastungen nicht mehr gewachsen sind und um ihre Gesundheit fürchten. Die Krankmeldungen sprechen eine eindeutige Sprache. Ich wünsche mir sehr, dass unser Bildungsministerium die eine oder andere Entscheidung noch einmal überdenkt oder auch zurücknimmt (Altersabminderung ab 62) und zwar rückwirkend für die davon betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Sie selbst kennen aus Ihrer Tätigkeit als Mathematiklehrerin den Unterrichtsalltag nur allzu gut und ich habe die Hoffnung, dass Sie uns in der Durchsetzung unserer nachvollziehbaren Anliegen unterstützen werden.

Mit besten Grüßen

Detlef Böttcher

Lehrer am Gymnasium „Am Thie“ in Blankenburg

Unmut an Sekundarschulen: Unterricht nur noch Nebensache

Nun sind erst wenige Wochen des neuen Schuljahres vergangen, doch der Unmut und Frust im Kollegium ist schon ziemlich hoch. Nicht, weil wir mit unserer Schule, den Schülerinnen und Schülern oder gar Lehrerinnen und Lehrern unzufrieden sind, sondern weil uns die Landesregierung bzw. das Bildungsministerium den Spaß am Unterrichten gründlich vermiest.

Wir alle sind Lehrerinnen und Lehrer aus Leidenschaft. Unsere Berufung ist es, die Kinder und Jugendlichen bestmöglich auf das Leben nach der Schule vorzubereiten, ihnen Werte und Normen mit auf den Weg zu geben und natürlich Wissen zu vermitteln. Doch nun haben wir eine Situation in den Schulen, die dem zuwiderläuft und unser Berufsverständnis grundlegend erschüttert. Unterricht scheint nur noch Nebensache zu sein, die adäquate Ausbildung unserer Schülerinnen und Schüler nicht mehr wichtig. Die Sekundarschule „Thomas Müntzer“ ist mit einer Unterrichtsversorgung von 105,3 Prozent in das neue Schuljahr gestartet. Auf den ersten Blick sieht diese Zahl toll aus, doch leider nur auf dem Papier und zum Aufhübschen irgendwelcher Statistiken zur Unterrichtsversorgung an Sachsen-Anhalts Schulen. Diese Prozentzahl spiegelt bei Weitem nicht die Situation in unserer Einrichtung wider. Lehrkräfte, die auf unbestimmte Zeit im Krankenstand sind, werdende Mütter, die den Präsenzunterricht nicht besuchen dürfen, oder Kolleginnen und Kollegen, die kurz vor der wohlverdienten

Umgang mit Lehrerinnen und Lehrern: Wer hat denn diesen Notstand sehenden Auges entstehen lassen?

Das Schulamt erwartet, dass ich eine Urlaubsplanung abgebe, da wir Lehrkräfte mehr Ferientage als Urlaubstage zur Verfügung haben. Wenn wir Lehrer aber während der Ferien erkranken, sind wir allerdings angehalten, keine Krankschreibung zu verlangen; wenn ich dann aber in den mit Urlaub beantragten Ferientagen erkranke, sollte ich im Nachhinein beantragen, diese Urlaubstage nachholen zu „dürfen“. Lehrer dürfen aber per se nur Urlaub nehmen während der Ferienzeit. Also noch mal: Wofür beantragen wir dann Urlaubstage?

Mein von der Hausärztein angeregter Antrag auf Reha im Jahr 2015 (u. a. wegen der Belastung nach 30 Dienstjahren) ist – nachweislich und trotz Widerspruch – abgelehnt worden mit der Begründung a) ich wäre nicht oft genug krankgeschrieben gewesen und b) ich wäre Lehrer, die hätten genug Zeit sich zu erholen (z. B. in den Ferien).

Die Generation der Lehrerinnen und Lehrer vor uns ist in meinem Alter (verdientermaßen!) mit 22 Pflichtstunden pro Woche in den Vorruststand gegangen. Wir haben inzwischen 25 Wochenstunden und noch zehn Jahre vor uns. Ich arbeite jetzt das zweite Schuljahr mit geplant 26 Wochenstunden, weil einfach die Fachlehrer fehlen, obwohl sich die Schulleitung sowieso schon gezwungen sah, die Wochenstunden pro Klasse zu kürzen, um überhaupt gleichmäßig verteilten Unterricht in allen Klassen zu gewährleisten.

Warum fehlen die Fachlehrer?

Ist uns nicht 20 Jahre lang etwas von einer „Lehrerschwemme“ vorgeschwafelt worden? Ist dem damaligen „Rufer in der Wüste“, der die Statistik der Geburtenjahrgänge jährlich gelesen und auf den jeweiligen Bedarf ausgerechnet hat, im Kabinett zugehört worden oder ist er bestenfalls nur gönnerhaft belächelt worden? Sind aus dem Dienst ausgeschiedene Lehrkräfte durch junge Kollegen ersetzt worden?

Gab es genügend Bewerber zur Lehrerausbildung oder hat man die Lehramtsstudenten zuerst entweder in andere Bundesländer vertrieben mit Sprüchen wie: „Wir werden Sie hier in Sachsen-Anhalt ausbilden, aber nicht einstellen!“ oder damit, dass die Ausschreibung für Sachsen-Anhalt erst Wochen nach der bundesweiten Ausschreibung veröffentlicht wurde? Hat man nicht dann die „letzten Mohikaner“ durch die Art und Weise, wie man mit ihnen letztendlich im Lehrerausbildungsseminar umgegangen ist, manchmal auch noch kurz vor ihrem Abschluss vergrault?

Gab es Versuche, den Mangel zu beheben?

Ist die Anzahl der tatsächlich fehlenden Lehrkräfte dann wirklich durch „effizienzsteigernde und bedarfsmindernde Maßnahmen“ ausgeglichen worden?

War es „selbstverständlich“, dass die vorhandenen Lehrkräfte vor Ort natürlich mehr arbeiten, weil sie froh sein sollen, eine gesicherte Existenz zu haben? Weil sie in „der freien Wirtschaft sowieso keiner haben wolle“? Weil sie die gearbeiteten Überstunden auf rechtzeitige Beantragung hin auch irgendwann bezahlt kriegen könnten? Weil diese bezahlten Überstunden nun der endgültige „Beweis“ dafür sein sollen, dass „die faulen Säcke“ durchaus mehr arbeiten könnten, wenn sie es nur extra bezahlt kriegen könnten?

Verdacht auf Missbrauch?

Wird diese Situation jetzt als „Eingangsportal“ missbraucht, um die Pflichtstunden pro Woche „notgedrungen“ aufzustocken?

Wer hat denn diesen Notstand sehenden (und sparsamen!) Auges entstehen lassen und forciert? Sind das dieselben Menschen, die diesen Notstand jetzt ausbaden müssen? Was hatte das bisher mit der Corona-Situation zu tun?

Haben sich die „faulen Säcke“ während der vergangenen fast zwei Jahre trotz Distanz um ihre Kinder gekümmert? Haben sie Kontakt gehalten, deren Sorgen und Ängste angehört? Haben sie versucht, zu erklären, zu beruhigen, zu bestärken? Haben sie auch fachlich so gut wie möglich improvisiert – vormittags mit Abschlussklassen in der Schule, nachmittags mit Online-Kontakt zu den Kindern der anderen Klassen? Haben sie in der Zeit des Wechselunterrichts versucht, soziale und fachliche Defizite Stück für Stück wieder zu beheben? Haben sie – bis jetzt – die morgendlichen Tests organisiert und betreut? Sind sie nicht jetzt immer noch am geduldigen Nacharbeiten dessen, was im vergangenen Schuljahr für die Kinder alleine eben nicht machbar war? Haben sie – bis jetzt – in kalten Klassenräumen, weil frisch gelüftet, mit den Kindern zusammen weitergemacht so gut wie möglich? Wissen

che?

Pensionierung stehen und nicht bis zum Ende des Schuljahres unserer Schule zur Verfügung stehen, zählen ebenso in die o. g. Zahl hinein – totale Augenwischerei, so unsere Meinung.

Warum werden solch absehbare Umstände nicht zu Beginn eines jeden Schuljahres berücksichtigt? Stattdessen strecken andere Schulen, die eine noch katastrophalere Unterrichtsversorgung haben, ihre Fühler nach unseren Lehrkräften aus (Abordnungen!), da wir ja scheinbar gut versorgt sind. Die Konsequenzen daraus sind Kürzungen an der Stundentafel und die Leidtragenden sind am Ende unsere Schülerinnen und Schüler, die nicht optimal ausgebildet werden können.

Es darf nicht sein, dass in Klassenstufe 5/6 nur drei bis vier Wochenstunden Mathematik angeboten werden können, dass wir uns von vielen Arbeitsgemeinschaften trennen müssen, den zukünftigen Prüflingen keine Abschlussförderung bieten können, dass für Kinder mit einer Teilleistungsschwäche keine Stunden zur Verfügung stehen und Lehrpläne nicht mehr eingehalten werden können. Und hier sind nur einige Beispiele genannt.

assen und forciert?

Außenstehende eigentlich, wie viele Diskussionen es täglich wegen der Abstandsregeln und der „Schnutenpullis“ gibt? Wissen auch die Verantwortlichen für den Schülerverkehr, dass die Schülerbusse nach wie vor ständig überfüllt sind und darin von Abstandsregeln keine Rede sein kann? Weiß „man“ auf der Entscheidungsetage, dass der jeweilige Verkehrsbetrieb erst dann verpflichtet werden kann, mehr Busse einzusetzen, wenn er dazu die entsprechende Anweisung vom Land erhalten hat?

Wer also hätte es hier in der Hand dafür zu sorgen, dass der nötige Abstand eingehalten werden kann?

Will man uns für gute Arbeit bestrafen?

Und jetzt soll diese Lehrerschaft, die alle Umbrüche seit der Wende (u. a. mehrere Reformen) miterlebt hat, die engagiert mitgestaltet hat, trotz vieler offensichtlicher auch inhaltlicher Ungereimtheiten – aber immer den Kindern zuliebe versucht hat, das Beste aus der jeweiligen Situation herauszuholen – mit noch mehr Pflichtstunden bestraft werden??? Echt jetzt?

Welcher der „Beschließer“ solcher Vorhaben hat während der vergangenen Jahre tatsächlich 25 Wochenstunden vor Ort gearbeitet – jede Woche, jahrelang, mit allem, was dazu gehört, gerade auch vor und nach dem eigentlichen Unterricht?

Welcher der „großen Wisser“ von außen kommt denn tatsächlich direkt in die Schulen, um die Kinder und uns zu unterstützen, um uns zu beweisen, dass sie es wirklich besser können?

Findet sich niemand, der in der Lage wäre, echte Alternativen zu bieten, um dem tatsächlich existierenden Lehrermangel entgegenzuwirken? Könnte man nicht die Universitäten ermutigen, bestärken, und ihnen die finanziellen, personellen und räumlichen Möglichkeiten schaffen, mehr Lehramtsstudierende auszubilden? Kann man sie nicht unterstützen bei Zusatzkursen für Quereinsteiger?

Wäre es nicht endlich an der Zeit – und auch auf der Suche nach engagierten jungen Leuten hilfreich – das Ansehen, dass Lehrkräfte in der Öffentlichkeit haben, zu verbessern? Wie vielschichtig der Unterricht ist, haben doch viele Eltern in der Pandemiesituation bemerkt ...

Müsste nicht auch von staatlicher und gesellschaftlicher Seite aus das „Feindbild Lehrkraft“ (nur halbtags arbeitend, schwerverdienend, genießt andauernd Ferien) neu, aufgeschlossen und frei von Vorbehalten, beleuchtet und diskutiert werden?

Soll denn wirklich der Fakt, dass immer weniger und immer ältere Lehrkräfte immer mehr arbeiten sollen, tatsächlich der Weisheit letzter Schluss gewesen sein?

L. G.

(Autor*in ist der Redaktion bekannt)



© SW-KOMMUNIKATION.NET

Hat das alles noch etwas mit einer angemessenen Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen zu tun? Nein!

An unserer Schule unterrichten wir vermehrt Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf. Wo ist das zusätzliche Personal oder die zusätzlichen GU-Stunden, die benötigt werden, um auch diesen Kindern gerecht zu werden?

Seit Ende des letzten Schuljahres haben wir auch Schülerinnen in unserer Einrichtung, die im DaZ-Bereich unterrichtet werden müssen. Sie sprechen kaum Deutsch, eine Sprachförderung fand nicht statt und nun nehmen diese Kinder am regulären Unterricht teil, verstehen allerdings nur einen Bruchteil vom vermittelten Unterrichtsstoff. Wo bleibt auch hier zusätzliches Personal?

Wir fühlen uns seitens des Bildungsministeriums alleingelassen! Schülerinnen und Schüler scheinen schon lange nicht mehr im Fokus von Bildung zu stehen, jedoch aber Zahlen, die völlig realitätsfremd sind.

Nicht nur unsere Kinder und Jugendlichen haben unter dieser Situation zu leiden, sondern auch wir Lehrkräfte. Fehlendes Lehrpersonal führt zu einer ständig wachsenden Zahl der Überstunden. Am Ende des letzten Schuljahres wurde uns angeboten, entweder Überstunden auszahnen zu lassen oder diese mit in das Folgejahr zu nehmen, mit der Aussicht, dann entlastet zu werden. Bei Letzterem ist im neuen Schuljahr schon gar keine Rede mehr. Vielmehr wird man regelrecht gedrängt, sich doch die Überstunden auszahnen zu lassen. Dieses Vorgehen ist inakzeptabel! Ein Großteil unserer Kolleginnen und Kollegen hat sich gegen eine Auszahlung entschieden. Grund ist eine Einmalzahlung des Betrages am Ende des Jahres, wobei nach Abzug der Steuern bei Weitem nicht das übrig bleibt, was einem wirklich zusteht. Wir finden das ungerecht!

Die Belastung der Lehrkräfte wird zunehmend größer. Neben der ohnehin schon strapaziösen Lehrtätigkeit, Homeschooling, Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht, fungieren wir auch als Berufsberater oder medizinisches Fachpersonal. Wir kontrollieren, ob die Schülerinnen und Schüler eine Masernschutzimpfung haben oder beaufsichtigen die Durchführung von Antigen-Schnelltests.

Man spielt hier mit unserer Gesundheit, die es allerdings braucht, unseren Kindern und Jugendlichen eine optimale Schulausbildung zu gewährleisten. Das Land Sachsen-Anhalt verspricht zwar die Einstellung von mehr Lehrpersonal, doch geht das nicht schnell genug. Und wenn unsere Referendarin im kommenden Jahr ihre Prüfung absolviert, besteht noch nicht einmal eine Garantie auf die Anstellung an unserer Schule, obwohl wir diese Unterstützung dringend nötig hätten. Wie kann das sein?

Wir sagen, dass es so nicht weitergehen darf. Wir würden uns wünschen, dass unsere Arbeit mehr Wertschätzung erfährt, nicht mit unserer Gesundheit gespielt wird, aber vor allem der Wert von Bildung und die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen im Vordergrund steht.

Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarschule „Thomas Müntzer“ in Allstedt

Sonderurlaub für Beamt*innen: Neuregelung wegen der Covid-19-Pandemie im Jahr 2022

Am 22. Januar 2022 ist die zweite Verordnung zur Abweichung von der Urlaubsverordnung Sachsen-Anhalt anlässlich der Bewältigung der COVID-19-Pandemie (2. Corona UrlVO) in Kraft getreten. Sie wird bis zum 31. Dezember 2022 gelten.

Danach erhalten Beamt*innen im Jahr 2022 für die Betreuung von erkrankten Kindern unter zwölf Jahren oder eines behinderten und auf Hilfe angewiesenen Kindes für jedes Kind bis zu 28 Arbeitstage, insgesamt höchstens 63 Arbeitstage; Alleinerziehende für jedes Kind bis zu 55 Arbeitstage, insgesamt

höchstens 129 Arbeitstage Sonderurlaub unter Fortzahlung der Besoldung.

Der Anspruch besteht auch dann, wenn die Betreuung des Kindes wegen einer Corona-Pandemie bedingten Schließung von Einrichtungen zur Betreuung von Kindern oder von Menschen mit Behinderung oder Schulen erforderlich ist. Das Gleiche gilt unter anderem auch bei der Aufhebung der Präsenzpflicht an Schulen oder wenn das Kind aufgrund einer behördlichen Empfehlung die Einrichtung nicht besucht.

Auch für eine aufgrund der COVID-19-Pandemie akut aufgetretene Pflegesituation

haben Beamtinnen und Beamte einen Anspruch auf Sonderurlaub für die kurzfristige Arbeitsverhinderung, wenn die Pflege nicht anderweitig gewährleistet werden kann. Dann besteht ein Anspruch auf Sonderurlaub für längstens bis zu insgesamt 20 Arbeitstagen, davon 19 mit Besoldung. Der Zusammenhang der akuten Pflegesituation mit der COVID-19-Pandemie wird vermutet. Für die jeweilige Situation sind dem Dienstherren geeignete Nachweise vorzulegen.

Peggy Osadolor, Gewerkschaftssekretärin für Tarif- und Beamtenpolitik

Kampagne „Unter 18 nie“:

Für mich kommt ein Job bei der Bundeswehr nicht in Frage



Ich bin Lotta Mertens und absolviere seit Dezember ein Freiwilliges Soziales Jahr bei der GEW Sachsen-Anhalt. Ich wurde gebeten, mich mit der Kampagne „Unter 18 nie“ auseinanderzusetzen und dafür einen Erfahrungsbericht – ich habe mich schon einmal vor ein paar Jahren mit dem Thema auseinandergesetzt – für unsere Mitgliederzeitung EuW zu schreiben.

„Ausbildung und Dienst an der Waffe bleiben volljährigen Soldat*innen vorbehalten.“ Das sagen SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema Bundeswehr in ihrem Koalitionsvertrag. Nur was ist damit gemeint? Schenkt man endlich der „Unter 18 nie!“-Kampagne Beachtung? Oder darf man als Minderjährige*r immer noch eine Ausbildung bei der Bundeswehr machen, nur keinen Dienst an der Waffe antreten? Aber auch das wäre zumindest ein Fortschritt.

2017 habe ich als 17-Jährige selbst einen Brief von der Bundeswehr erhalten. Erst habe ich mich gewundert, woher die Bundeswehr meine Adresse und persönliche Daten hat. Dann erinnerte ich mich an eine Berufsmesse, auf der ich in der 10. Klasse war. Mit den Leuten von der Bundeswehr hatte ich auch kurz gesprochen. Offenbar musste ich etwas ausgefüllt haben und wusste es wohl nur nicht mehr. Trotzdem kam die Bundeswehr für mich nicht in Frage. Ich wollte mich nicht verpflichten und auch ganz bestimmt nicht in den Krieg ziehen! Ich hatte damals schon eine recht feste Vorstellung, was ich später beruflich machen wollte, und hatte mich auch schon mit einer Karriere bei der Bundeswehr auseinandergesetzt, aber die Verpflichtung schreckte mich von tieferen Gedankenexperimenten ab. Ich wusste, Soldat*in zu sein, kann heißen, Schreckliches zu erleben und sogar unter den Soldaten ohne Einsatzfahrung haben ein Viertel psychische Erkrankungen. Darüber hinaus ist die Wahrscheinlichkeit, als Frau auch in der Truppe Probleme zu bekommen, noch größer. 2019 gab es in der Bundeswehr 345 „Melde-pflichtige Ereignisse“ wegen des Verdachts auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Diese Zahl ging 2020 zurück, laut der Wehrbeauftragten ist dies jedoch auf die Covid-19-Pandemie zurückzuführen. Zwar wurde hier nicht nach Geschlecht aufgeschlüsselt, jedoch sind außerhalb der Bundeswehr Frauen häufiger Opfer sexueller Gewalt, was somit auch in diesem Fall naheliegt.

Erst viel später erfuhr ich, dass jede*r 17-Jährige*r, und zum Teil auch 16-Jährige, von der Bundeswehr angeschrieben wird.

Auch wenn ich mir damals schon eine Meinung zur Bundeswehr gebildet hatte, die sich bis jetzt auch nicht geändert hat, gab es doch viele in meinem Umkreis, denen ich eine differenzierte Meinungsbildung nicht zugetraut habe.

2018 noch hat die Bundesregierung als Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Norbert Müller geschrieben: „Im Vorfeld wird durch eine umfassende Aufklärung und Beratung bezüglich der Chancen und Risiken des Soldatenberufes und ein intensives, wissenschaftsbasiertes und eignungsdiagnostisches Assessmentverfahren sichergestellt, dass nur 17-Jährige eingestellt werden, die sich eingehend mit den Anforderungen des Soldatenberufs auseinandergesetzt haben und die erforderliche Eignung aufweisen.“ Aus eben jener Kleinen Anfrage lässt sich errechnen, dass 30 bis 40 Prozent der minderjährigen Rekrut*innen entlassen werden. Laut der WELT sind auch die Abbrecherquoten sehr hoch, „mehr als ein Viertel hört schon in der Probezeit auf.“ Dies widerspricht der Aussage, dass nur Rekrut*innen eingestellt werden, die geeignet sind.

Auch ist davon in dem Anschreiben der Bundeswehr nichts zu sehen. Darin wird dargestellt, dass Soldat*in der perfekte Beruf sei und man viel Abwechslung am Arbeitsplatz, gute Bezahlung und einen sicheren Job bekäme. Kein Wort von Posttraumatischen Belastungsstörungen, sexuellen Übergriffen in der Truppe oder dem Rechtsextremismus-Problem, das die Bundeswehr hat. Wer würde so etwas denn auch aktiv bewerben? Denn das ist es letztendlich: Werbung für den Dienst an der Waffe im Namen des Vaterlands. Und das, obwohl der Staat seiner Verpflichtung zum Schutz von Minderjährigen nachkommen sollte.

Deutschland wird seit Jahren vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes bei der Ausbildung Minderjähriger für das Militär kritisiert; die Kinderkommission des Bundestags schloss sich 2016 dieser Forderung an. Nun ist es an den neuen Regierungsparteien, daran etwas zu ändern und ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen!

Azubi gesucht

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) organisiert ein starkes Team von mehr als 280.000 Beschäftigte in Schulen, Kitas, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen. Zu unseren Mitgliedern zählen ebenfalls Studierende und Auszubildende des Bildungssektors. Gemeinsam gestalten wir gute Arbeitsbedingungen und kämpfen für faire Entgelte sowie unbefristete Arbeitsverträge.

Wir suchen zum 01.09.2022 eine/n Auszubildende/n zum Kaufmann/zur Kauffrau für Büromanagement (w/m/d).

Du lernst und übernimmst klassische kaufmännisch-verwaltende und organisatorische Tätigkeiten wie vielseitige innerbetriebliche Sekretariats- sowie Assistenzaufgaben, Organisation von Büroabläufen, Veranstaltungsmanagement, das Erfassen, Abrufen, Sichern, Archivieren, Bearbeiten von Texten und das Mitwirken bei gewerkschaftlichen Projekten. **Du benötigst** einen mittleren Bildungsabschluss oder höher mit guten und sehr guten Leistungen in Deutsch, Mathematik und Englisch, Interesse und Lernbereitschaft an einer kaufmännischen Tätigkeit, Sorgfalt und Genaugigkeit, ein gutes Kommunikationsvermögen und freundliche Umgangsformen, Organisationstalent und Teamgeist sowie Kenntnisse in Office-Programmen.

Wir bieten eine umfangreiche und persönliche Begleitung durch Ausbildungskoordinatoren und Teamkollegen, die Dir auf dem Weg durch Deine gesamte Ausbildung immer zur Seite stehen, eine attraktive Vergütung, ein engagiertes und motiviertes Team, das sich auf Deine Verstärkung freut, und eine interessante und abwechslungsreiche Ausbildung, in der Du alle Bereiche des gesamten Büroalltags durchläufst. Wir bilden für die Zukunft aus und haben somit das Ziel, unsere Auszubildenden auch nach der Ausbildung zu übernehmen. Der Ausbildungs- und Arbeitsort ist Magdeburg.

Schriftliche Bewerbungen mit vollständigen, aussagekräftigen Unterlagen erbitten wir bis spätestens 31.03.2022 als PDF-Datei per E-Mail an: info@gew-lsa.de. Für Rückfragen wende Dich bitte an Frank Wolters, Tel. 0391 73 55 430.



Kinder- und Jugendliteratur: Panda-Pand

Saša Stanišić; Panda-Pand. Wie die Pandas mal Musik zum Frühstück hatten; Hörbuch, ungekürzte Autorenlesung; Silberfisch, 2021; ISBN: 978-3-7456-0312-5; Preis: Download: 6,95 €, Spieldauer: 38 Minuten; Altersempfehlung: ab 5 Jahre



Wie gut, dass dieses Buch auch als Hörbuch umgesetzt wurde, denn nichts liegt näher, als die „Panda-Pand“ direkt in ihrem Spiel belauschen zu können. Saša Stanišić hat eine urkomische Geschichte verfasst, die sich ganz der Musik und den Pandas widmet. Allerdings kann er sich selbst nicht erklären, warum ein Panda im Bambuswald Peter heißen sollte. Vielleicht heißt er ja auch „Nicht-Peter“. Und Nicht-Peter begleiten wir als Hörende beim Entdecken einer Bambusflöte, die Töne hervorbringt, und stellen fest, dass Pandas wohl die geborenen Musiker sind. Denn nichts fällt ihnen so leicht, wie flöten oder „pflöten“, wie es im Buch heißt. Nicht-Peter findet dazu auch noch weitere Pandabären, die sich für das Spiel begeistern lassen und der Versuchung widerstehen, die „Pflöten“ gleich zu fressen. Es kommt sogar zu einem Konzert. Doch dann ist das Spiel vorbei und die Pandas suchen sich wieder etwas anderes. Saša Stanišić schreibt am Ende des Buches, dass er als Kind selbst am liebsten ein Panda gewesen wäre und sich einmal sogar schwarze Augenringe gemalt habe, um wie ein Panda auszusehen. Die Pandas scheinen für ihn also auch persönlich eine große Bedeutung zu haben. Er charakterisiert sie liebenswert und ein wenig verrückt, wenn er beispielsweise schreibt, welche Hobbys Nicht-Peter hat: bedächtiges Bodenturnen und Kurz-mal-klettern. Eine Übung beim bedächtigen Bodenturnen wäre der Pippi-Pfoten-Stand. „Das solltest du auch mal ausprobieren“, heißt es im Text. Die Sprache orientiert sich beim Beschreiben sehr am Klang und verwendet viele Alliterationen und Wiederholungen, was auch zum humorvollen Charakter der Geschichte beiträgt.

Mit seinem Akzent, dem rollenden R und seiner Dynamik liest der vielfach ausgezeichnete Autor sehr lebendig. Die Wortwiederholungen helfen, ihn gut zu verstehen. Unterstützt wird die Inszenierung von der Querflötistin Christine Thomsen, die tatsächlich mit einer chinesischen Bambusflöte den Lesetext immer wieder mit musikalischen Passagen untermauert. So wirkt „Panda-Pand“ gleichzeitig komisch, skurril, aber auch sehr stimmig in der Inszenierung. Das Hörbuch macht Lust, selbst zur Flöte zu greifen und ist gerade für den Einsatz im pädagogischen Kontext, z. B. im fächerverbindenden Deutsch-Musik-Unterricht, auf jeden Fall zu empfehlen.

Dr. Alexandra Ritter
für die AJuM Sachsen-Anhalt



Die GEW Sachsen-Anhalt sucht engagierte Mitglieder, die Freude am Recherchieren und Schreiben und vor allem einen guten Blick für interessante Themen haben und so die Organisationsbereiche Kita, Jugendhilfe und Sozialarbeit, Schule und Hochschule auch hier in der Mitgliederzeitung EuW mit Leben füllen. Die Arbeit in der Redaktion ist ehrenamtlich, eine Aufwandsentschädigung wird zeilenweise pro abgedrucktem Artikel gezahlt. Hast du Interesse? Dann schreibe der Redaktion eine E-Mail an: christiane.rex@gew-isa.de

Sonderhefte der DDS: Corona und Schule

In den vergangenen zwei Jahren hat das Thema Corona auch in der Schule eine große Rolle gespielt und es sind über die vier jährlichen Ausgaben der von der GEW herausgegebenen Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ (DDS) auch drei Sonderhefte zur Corona-Pandemie veröffentlicht worden:

DDS Beiheft 16: „Langsam vermisste ich die Schule ...“ Schule während und nach der Corona-Pandemie; 2020, 230 Seiten, broschiert, 29,90 €, ISBN 978-3-8309-4231-3.

DDS Beiheft 17: Schule während der Corona-Pandemie – Neue Ergebnisse und Überblick über ein dynamisches Forschungsfeld; 2021, 234 Seiten, broschiert, 34,90 €, ISBN 978-3-8309-4331-0.

DDS Beiheft 18: Schule und Schulpolitik während der Corona-Pandemie: Nichts gelernt?; 2021, 176 Seiten, broschiert, 29,90 €, ISBN 978-3-8309-4458-4.

Die Beihefte kann man beim Waxmann Verlag als Broschüren erwerben, sie stehen dort aber auch als PDF zum freien Download zur Verfügung → <https://bit.ly/3FO6dH6>



Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg, Fon: 0391 7355430, Fax: 0391 7313405, E-Mail: info@gew-sachsenanhalt.net, www.gew-sachsenanhalt.net

Vorsitzende: Eva Gerth

Verantwortlich: Geschäftsführung der GEW Sachsen-Anhalt

Redaktion: Prof. Dr. Hans-Dieter Klein und Christiane Rex (verantw. Redakteur*innen), Rolf Hamm, Helgard Lange, Christian Müller, Bärbel Riethausen, Andrea Trojahn
Postanschrift der Redaktion: GEW Sachsen-Anhalt, Redaktion EuW, Markgrafenstr. 6, 39114 Magdeburg

Die „Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt“ (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder der GEW Sachsen-Anhalt ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionschluss ist der 10. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen, Fon: 0201 84300-0, Fax: 0201 472590, E-Mail: anzeigen@stamm.de, www.erziehungundwissenschaft.de; verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller; gültige Preisliste Nr. 12 vom 1. Januar 2019; Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats.

Gesamtherstellung: sw-kommunikation.net + Partner



Schlechte Laune

Ins Jahr bin ich ja noch ganz gut reingekommen und dann ging auch endlich die Schule wieder los, aber diesmal hatte ich irgendwie keinen Spaß dran. Eigentlich liebe ich es ja, wenn die Schüler wieder da sind. Aber diesmal ist es irgendwie anders. Lehrer und Schüler haben so etwas Hoffnungsloses im Gesicht, so als würden die Tage nicht länger, sondern kürzer werden. Gesunkenes Hauptes laufen sie bei mir durch, als wäre ich ein Friedhofstor oder mindestens das vom Finanzamt. Keiner weiß so recht, was kommt und nach zwei Jahren hätten alle mal wieder Lust auf Normalität. Aber was ist Normalität überhaupt, wenn seit zwei Jahren alles anders ist? Ist das dann schon wieder normal? Ab wann ist normal normal und welches Normal? Je länger man darüber nachdenkt, umso länger wird auch das Gesicht. Es gibt Zweitklässler, die kennen das nur so, wie es jetzt ist; wenn es dann wieder normal ist, dann ist es für die völlig unnormal. Und mal ganz ehrlich: Wer will schon normal? Ich komme ja selber schon ganz durcheinander. Mittlerweile erkenne ich Leute mit Maske besser als wenn sie keine tragen. Wenn sie die absetzen, dann bin ich völlig überfordert. Aber Eltern und Lehrer kann ich mittlerweile ganz gut unterscheiden. Eltern sind die, die am Abend kommen, Lehrer sind die, die am Abend gehen. Außer am Elternabend, dann bleiben sie noch länger. Früher gab es diese Überstunden zwar auch ab und zu mal, aber heute sind sie selbstverständlich geworden. Wenn ich heute einen Lehrer bei Tageslicht die Schule verlassen sehe, dann stimmt da irgend etwas nicht. Wir haben ja auch Winter, da war das schon immer so. Aber eigentlich werden die Tage ja wieder länger und da könnte man auch mal im Hellen raus, aber wir haben Lehrermangel. Das heißt, das wenige Personal ist dafür länger da. Für mich ist das in Ordnung, da muss ich mir nicht so viele Lehrergesichter merken. Die Schüler sind so viele wie immer. Also müssen sich weniger Lehrer mehr merken. Das soll ja gut für den Kopf sein.

Aber was weiß ich schon, ich bin ja nur ein Tor.

Lars Johansen



Änderungsmeldung

Name, Vorname: Tätigkeitsbereich:

Kreisverband: Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.: Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Anschrift: Haustarifvertrag/PTG-Tarifvertrag:
..... (Entgeltgruppe Stufe seit)

Telefon: Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Bankverbindung: Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Kontoinhaber: Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen)

IBAN: Altersteilzeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit):

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort):
.....

Datum Unterschrift

**Neues Konto?
Neue Adresse?
Neues Gehalt?
Neue Arbeitsstelle?**

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ..

Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen nebenstehenden Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

